



GESCHÄFTSBERICHT
2005

R+V Lebensversicherung a. G.



Im FinanzVerbund der
Volksbanken Raiffeisenbanken

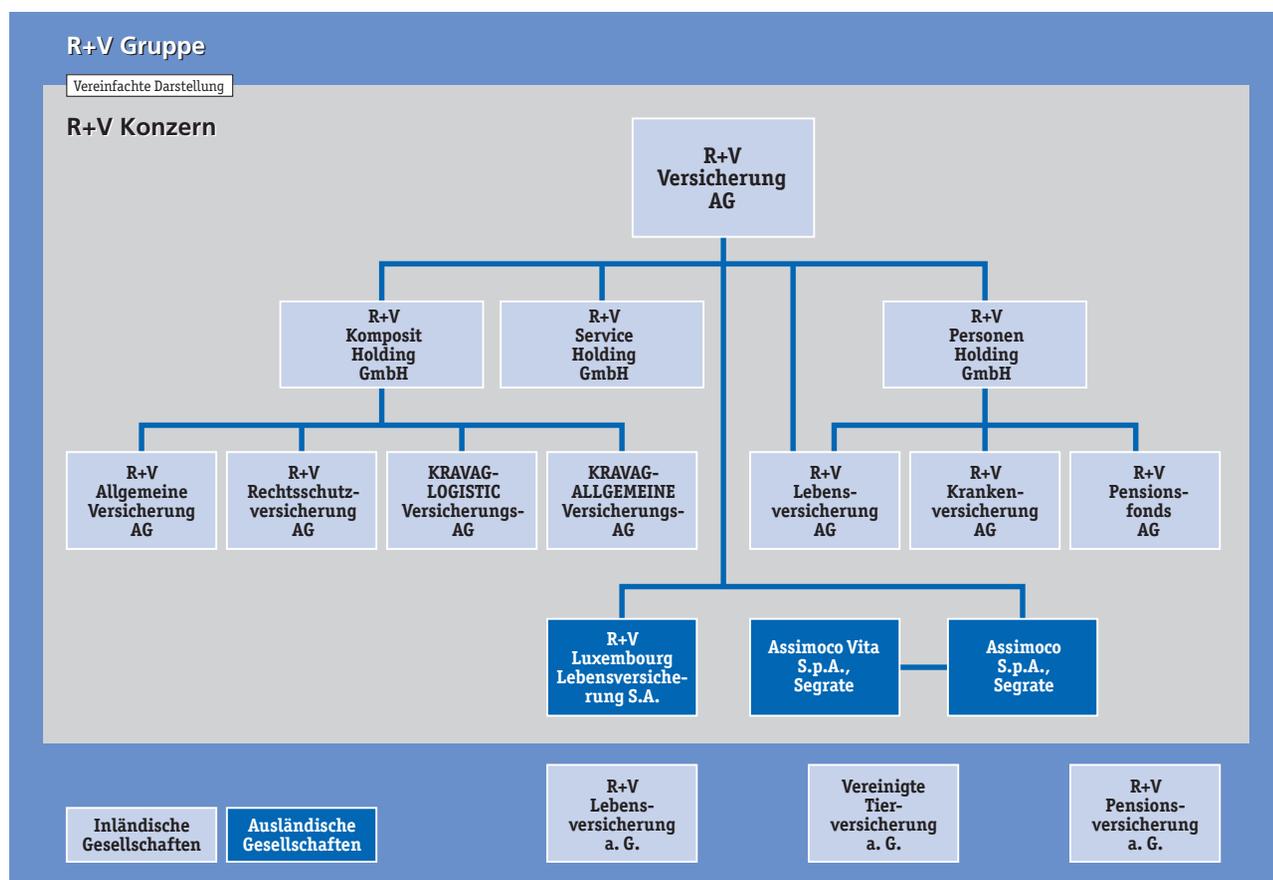
R+V Lebensversicherung a. G.

Taunusstraße 1, 65193 Wiesbaden, Telefon (06 11) 5 33-0
Eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden, Nr. HRB 17601, gegründet 1922

Geschäftsbericht 2005

Vorgelegt zur ordentlichen Mitgliederversammlung
am 18. Mai 2006

R+V auf einen Blick



Zahlen zum Geschäftsjahr	R+V Lebens- und Pensionsversicherungen ¹⁾			R+V Gruppe	
		2005	2004	2005	2004
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	4.165	3.740	8.466	8.305
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres	Mio. €	2.633	2.593	5.751	5.740
Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	Mio. €	1.654	1.610	2.032	2.028
Kapitalanlagen	Mio. €	34.668	32.388	44.674	41.337
Anzahl der Versicherungsverträge	Mio.	4,9	4,8	17,2	16,9
Mitarbeiter am 31. 12.		1.537	1.516	11.360	11.305

¹⁾ In Deutschland durch R+V Lebensversicherung AG, R+V Lebensversicherung a. G., R+V Luxembourg Lebensversicherung S. A., R+V Pensionsversicherung a. G., R+V Pensionsfonds AG gezeichnetes Geschäft

Inhalt

Gesamtwirtschaftliche Lage	5
Lagebericht	9
Jahresabschluss	
Bilanz	30
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	34
Anhang	
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	37
Erläuterungen zur Bilanz	40
Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung	46
Sonstige Angaben	48
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	55
Bericht des Aufsichtsrates	56
Mitgliedervertretung	57
Übersicht über die Geschäftsergebnisse	58

R+V Lebensversicherung a. G.				
Zahlen zum Geschäftsjahr		2005	2004	
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	174	143	
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle	Mio. €	62	47	
Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	Mio. €	63	55	
Kapitalanlagen	Mio. €	1.308	1.194	
Eigenkapital	Mio. €	13	11	
Versicherungsbestand				
Anzahl	Tsd.	172	244	
Laufender Beitrag für ein Jahr	Mio. €	165	151	
Neuzugang				
Laufender Beitrag für ein Jahr	Mio. €	22	53	
Einmalbeiträge	Mio. €	–	–	
Summe	Mio. €	22	53	

Gesamtwirtschaftliche Lage

Die Wirtschaftsforscher stellen für 2006 optimistische Prognosen, nachdem sich der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland im letzten Quartal 2005 gefestigt hat. Sie rechnen im kommenden Jahr mit einem Wachstum zwischen 1,2 % und 1,7 %. 2005 entwickelte sich die deutsche Wirtschaft hingegen verhalten, eine konjunkturelle Erholung auf breiter Basis hat sich nicht eingestellt. Die Situation war gespalten: der Export boomte, die Binnenkonjunktur kam kaum voran. Auch die Versicherungsbranche spürte die Konjunkturflaute, wuchs aber dennoch wesentlich stärker als die Gesamtwirtschaft.

Nach wie vor lebt die deutsche Wirtschaft von Impulsen aus dem Ausland. Allerdings verlangsamte sich die Steigerung der Exporte im Vergleich zum Vorjahr. Der Grund lag in der etwas ruhigeren Weltkonjunktur. Gegenüber dem Dollar machte sich der merklich abgeschwächte Eurokurs positiv bemerkbar. Innerhalb der europäischen Gemeinschaft profitierte die deutsche Exportwirtschaft von ihrer gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit, Preis- und Kostensenkungen durch Einsparprogramme trugen erste Früchte.

Auf die inländische Wirtschaft übertrug sich dieses dynamische weltwirtschaftliche Wachstum allerdings nur in sehr geringem Umfang – wie schon 2004. Das Brutto-Inlandsprodukt stieg 2005 lediglich um real 0,9 % und blieb damit deutlich hinter den Erwartungen der Bundesregierung von 1,7 % zurück.

Die Investitionsneigung deutscher Unternehmer zog im Jahre 2005 an: Die gut gefüllten Auftragsbücher der deutschen Exportbranche und ihre weitgehend ausgelasteten Kapazitäten zwingen die Unternehmen nun zu mehr Investitionen in Maschinen und andere Ausrüstungsgegenstände. Dadurch wuchs die Industrieproduktion im Inland dynamischer als erwartet. Zudem förderten günstige Finanzierungsbedingungen die Investitionstätigkeit: Die Kapitalmarktzinsen sind weiter gesunken. Und viele Unternehmen erwirtschafteten hohe Gewinne.

Privater Konsum und Arbeitsmarkt blieben die Sorgenkinder

Solch viel versprechende Entwicklungen blieben bei den privaten Konsumausgaben aus. Hier bot sich nun schon im dritten Jahr das gleiche schwache Bild: Die Unsicherheit über die Zukunft des eigenen Arbeitsplatzes und hohe Abgabenbelastungen bremsten die Konsumfreude der Bundesbürger. Zudem nahmen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit nominal 1,5 % kaum zu, real gingen sie sogar zurück. Einen Sondereffekt in 2005 bildeten die massiv gestiegenen Energiepreise. Im Durchschnitt musste jeder Privathaushalt für Benzin und Gas 176 EUR mehr zahlen als im Vorjahr. Dies schränkte die ohnehin schon knappen finanziellen Spielräume für den Konsum weiter ein.

Die schwache inländische Konjunktur wirkte sich entsprechend auf den Arbeitsmarkt aus: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank weiter ab. Zwar lag die Zahl der Erwerbslosen seit April unter der Fünf-Millionen-Marke, jedoch beruht dieser Erfolg vor allem auf dem verstärkten Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, zum Beispiel von Ein-Euro-Jobs.

Renten- und Aktienmärkte drifteten zeitweise auseinander

Am Rentenmarkt setzte sich der Zinsrückgang von 3,7 % Ende 2004 auf 3,3 % Ende 2005 fort. Unterjährig fielen die Renditen der zehnjährigen Bundesanleihen sogar erstmals unter die psychologisch wichtige Grenze von 3 %. Dahinter standen Konjunkturängste für den Euro-Raum, die im Jahresverlauf jedoch zurückgingen. Der Geldmarkt folgte dem weltweiten Trend steigender Notenbankzinsen. Die Europäische Zentralbank hob erstmals wieder nach zwei Jahren die Zinsen um 0,25 %-Punkte an. Insgesamt verflachte sich die Zinsstrukturkurve. Die Kreditmärkte (Unternehmensanleihen, Anleihen von Entwicklungsländern, Verbriefungen) blieben trotz einer Reihe von Belastungen erstaunlich ruhig mit weiterhin niedrigen Risikoaufschlägen.

Während der amerikanische Aktienmarkt sich seitwärts bewegte, sind die Kurse der japanischen und europäischen Märkte stark gestiegen: Der Nikkei 225 stieg um 40 % und der DJ Euro Stoxx 50 um 21 %. Der DAX kletterte von 4.256 auf 5.408 Punkte, also um 27 % nach oben. Die im DAX enthaltenen international agierenden Unternehmen spiegelten damit mehr die positiven globalen als die verhaltenen nationalen Konjunkturaussichten wider.

Wirtschaftsexperten sagen Aufschwung für 2006 voraus

Für das Jahr 2006 geben sich Wirtschaftsforscher und Bundesregierung optimistisch. Sie gehen von einem Wirtschaftswachstum zwischen 1,2 % und 1,7 % aus. Die wieder kräftigere Weltkonjunktur wird nach Meinung von Experten der deutschen Exportwirtschaft gute Geschäfte bescheren. Die deutlich verbesserte Kostensituation der Unternehmen stärkt zudem ihre Position im internationalen Preiswettbewerb – mit positiven Folgen für die Investitionen im Inland. Wie stark der Konjunkturschub ausfallen kann, hängt unter anderem davon ab, welchen wirtschaftspolitischen Kurs die neue Bundesregierung einschlagen wird.

Beim privaten Konsum rechnen die Analysten nur mit leichten Zunahmen, vor allem durch Vorzieheffekte auf die 2007 geplante Mehrwertsteuererhöhung. Jedoch dämpfen nach wie vor die hohen Energieausgaben die Konsumbereitschaft der Bürger. Das verfügbare Einkommen wird nominal leicht steigen – so die Prognose der Wirtschaftsforscher. Für die Versicherungsbranche ist das verfügbare Einkommen eine wichtige Kennziffer, weil es den Finanzrahmen der Kunden und damit auch ihre finanziellen Möglichkeiten zum Abschluss einer Versicherung vorgibt.

Diese insgesamt etwas günstigeren Bedingungen werden aber weiterhin nicht ausreichen, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Versicherungsbranche mit gutem Wachstum

Die schwache Gesamtkonjunktur in 2005 wirkte sich kaum auf die Versicherungsbranche aus. Die Zunahme der Beitragseinnahmen war hier mit 3,8 % auf 157,8 Mrd. EUR deutlich stärker als das Wachstum der Gesamtwirtschaft. Auf der Ausgabenseite erhöhten sich 2005 die Leistungen der Erstversicherer und die Aufwendungen für Schadenfälle um 9,9 % auf 164,3 Mrd. EUR. Die Kapitalanlagen der Branche kletterten von 1.010 Mrd. EUR auf rund 1.050 Mrd. EUR.

Lebensversicherer setzten auf private Rentenversicherung

Für die Lebensversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds vollzog sich 2005 ein Paradigmenwechsel in Folge des Alterseinkünftegesetzes. Neue Angebote und Vertriebsstrategien brachten Erfolg: Altersvorsorgeverträge mit rentenförmiger Auszahlung haben an Bedeutung gewonnen.

Entwicklung der Lebensversicherungssparte*	2005 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	75,2	+6,9 %
Anzahl neuer Verträge	7,8 Mio. Stück	-39,2 %
Gesamte Neugeschäftsbeiträge	15,4	-23,7 %

*GDV-Zahlen, Lebensversicherer, Pensionskassen, Pensionsfonds
Stand März 2006

Im Mittelpunkt stand dabei die steuerlich geförderte private Rentenversicherung. Lag der Anteil der Rentenversicherungen am gesamten Neugeschäft der Lebensversicherer (ohne Pensionskassen und Pensionsfonds) 2004 noch bei 39,6 %, so stieg er 2005 auf 42,1 %. Beeindruckend ist die Steigerungsrate bei den Riesterrenten im gleichen Zeitraum: plus 280,7 %. Die Deutschen nutzten angesichts der engen finanziellen Lage der gesetzlichen Rentenversicherung das staatliche Förderangebot und schlossen rund 1,1 Millionen neue Riesterversicherungen ab.

Betrachtet man das Gesamtvolumen des Neugeschäfts der Lebensversicherer, Pensionskassen und Pensionsfonds, zeigt sich, dass die Branche 2005 zur Normalität zurückgekehrt ist. Nach dem Rekordjahr 2004, das durch Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen durch das Alterseinkünftegesetz den Lebensversicherern einen Boom bescherte, sanken 2005 erwartungsgemäß Zahl und versicherte Summe der neu abgeschlossenen Verträge. Allerdings legten Rentenversicherungen mit Einmalbeiträgen, insbesondere aus abgelaufenen Kapitalversicherungen, kräftig zu. Dies ist ein deutlicher Beweis für das Vertrauen der Bundesbürger in die private Rentenversicherung. Hingegen brach bei den Versicherungen mit laufender Beitragszahlung das Neugeschäft wie erwartet ein.

Insgesamt legten die Beitragseinnahmen der Lebensversicherer, Pensionskassen und Pensionsfonds um 6,9 % auf 75,2 Mrd. EUR zu. Dieses erfreuliche Plus hatte drei Ursachen: Zum einen das starke Neugeschäft zum Jahresende 2004, das sich bei den Beiträgen erst im Jahresverlauf 2005 vollständig auswirkte, zum anderen die steigende Zahl von Versicherungen gegen Einmalbeitrag sowie drittens eine Normalisierung bei den Abgängen.

Entwicklung der Krankenversicherungssparte*	2005 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	27,3	+3,4 %
davon Voll- und Zusatzversicherung	25,4	+3,4 %
davon private Pflegepflichtversicherung	1,9	+3,2 %
Leistungsauszahlungen	17,4	+4,8 %

*GDV-Zahlen, Stand März 2006

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen der Lebensversicherungen stabilisierte sich nach einer Schätzung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) auf gut 5 %.

Hohe Versicherungspflichtgrenze bremste private Krankenversicherung

Deutlich abgeschwächt, jedoch weiterhin beachtlich, ist das Prämienplus in Höhe von 3,4 % der privaten Krankenversicherer. Hier zeigen sich zwei gegenläufige Trends: Einerseits beweisen die steigenden Beitragseinnahmen die ungebrochene Attraktivität der privaten Krankenversicherung. Angesichts der Leistungseinschränkungen der gesetzlichen Kassen wird auch in diesem Bereich der sozialen Absicherung die private Vorsorge immer wichtiger. Andererseits wird es zunehmend schwieriger, neue Versicherte zu gewinnen. Das belegt der Wachstumsrückgang von 6,8 % auf 3,4 % im Berichtsjahr. Grund ist die seit 2003 stark angehobene Versicherungspflichtgrenze. Ergebnis: 2005 gab es mit rund 109.000 Neuzugängen nur noch halb so viel Erwerbstätige, die der gesetzlichen Krankenversicherung den Rücken kehrten und sich privat voll versicherten.

Wachstumsträger der privaten Krankenversicherung waren aus diesem Grund die privaten Zusatzversicherungen. Knapp 580.000 Bürger entschieden sich allein im ersten Halbjahr 2005 für eine private Ergänzung der staatlichen Gesundheitsleistungen, vor allem für die ambulante Zusatzversicherung unter Einschluss von Zahnersatz.

Gebuchte Bruttobeiträge in der Schaden- und Unfallversicherung*	2005 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Schaden/Unfall gesamt	55,3	-0,2 %
Kraftfahrt	22,0	-2,3 %
Allgemeine Haftpflicht	6,8	+3,5 %
Unfallversicherung	6,0	+0,5 %
Rechtsschutzversicherung	3,0	+3,0 %
Sachversicherung	14,1	+0,2 %

* GDV-Zahlen, Stand März 2006

Versicherungstechnisches Ergebnis der Schaden- und Unfallsparte ist gesunken

Die Schaden- und Unfallversicherer konnten insgesamt betrachtet kein Wachstum verzeichnen. Die guten Ergebnisse der beiden Vorjahre wurden im Geschäftsjahr 2005 nicht fortgeführt. Die Beitragseinnahmen sanken um 0,2 % auf rund 55,3 Mrd. EUR, das Schadenniveau nahm nach Jahren des Rückganges wieder leicht zu, die Combined Ratio verschlechterte sich von 91,2 % auf 92,5 % und die versicherungstechnischen Ergebnisse schmolzen um 15 % auf noch gut 3,7 Mrd. EUR zusammen. Vor allem die Situation in der Kraftfahrtversicherung und der Industriellen Sachversicherung zog das Spartenergebnis nach unten.

Preiswettbewerb der Kfz-Versicherer halbierte das Ergebnis

Die größte Einzelsparte, die Kraftfahrtversicherung, musste ein Beitragsminus von 2,3 % hinnehmen. Ursache für die sinkenden Einnahmen in allen Kraftfahrtsparten ist vor allem der sich verschärfende Preiswettbewerb. Die Versicherer senkten ihre Prämien und stuften außerdem überproportional viele ihrer Kunden in günstigere Schadenfreiheits- und Typklassen ein. Das anhaltend schwache Bestandwachstum konnte diese Beitragsverluste nicht auffangen. Erfreulich hingegen die Schadenaufwendungen: Sie sanken um 2,3 %. Erfolgreiche Bestandssanierungen in den letzten Jahren und auch eine konjunkturbedingt geringere Nutzung der Fahrzeuge haben dazu beigetragen. Insgesamt schloss die Kfz-Sparte mit einem positiven versicherungstechnischen Ergebnis, der versicherungstechnische Gewinn halbierte sich jedoch auf rund 660 Mio. EUR.

Industrielle Sachversicherungen erlitten Verluste durch Großschäden

Noch stärker als in der Kfz-Versicherung gingen die Beitragseinnahmen bei der Industriellen Sachversicherung zurück: um 3,4 % auf 4,1 Mrd. EUR. Auch hier ist ein starker Prämienwettbewerb die Ursache. Angesichts zahlreicher Großschäden kam es zu einem kräftigen Aufwandsplus von 19,2 % auf 2,9 Mrd. EUR. Im Ergebnis halbierte dies den versicherungstechnischen Gewinn auf rund 600 Mio. EUR.

Die allgemeinen Sachversicherungen, zu denen die gewerblichen, die landwirtschaftlichen und die privaten Sachversicherungen zählen, erzielten hingegen ein Plus der Beitragseinnahmen um rund 2 %. Der Schaden- aufwand verminderte sich kräftig. Intensives Schadenmanagement, mehr und höhere Selbstbehalte, Präventionsmaßnahmen und auch das Ausbleiben größerer Naturkatastrophen wirkten hier positiv.

Lagebericht

Geschäftsverlauf im Überblick

Für die R+V Lebensversicherung a. G. war 2005 ein erfolgreiches Jahr.

Die Geschäftsentwicklung war noch geprägt durch das hohe Neugeschäft des Jahres 2004.

So konnte gegenüber dem Geschäftsjahr 2004 ein überdurchschnittliches Beitragswachstum in Höhe von 22,0 % erzielt werden. Die Beitragseinnahme belief sich auf 174 Mio. EUR.

Im Neugeschäft sank der akquirierte laufende Jahresbeitrag erwartungsgemäß und betrug im Geschäftsjahr 22 Mio. EUR.

Die Stornoquote fiel auf einen hervorragenden Wert von 1,7 %.

Der laufende Beitrag des Bestandes stieg um 9,4 % auf 165 Mio. EUR. Die Zahl der Verträge im Bestand ging aufgrund des auslaufenden Bestandes an Restkreditversicherungen allerdings auf 172 Tsd. Stück zurück.

Zu Gunsten der Versicherungsnehmer erbrachte die R+V Lebensversicherung a. G. Leistungen in Höhe von 213 Mio. EUR, was einer Steigerung von 35,5 % gegenüber 2004 entspricht.

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen stieg – in Bezug auf den mittleren Kapitalanlagebestand – auf 5,4 %. Die laufende Durchschnittsverzinsung gemäß Verbandsformel betrug 4,9 %, das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen stieg um 19,7 % auf 67 Mio. EUR.

Daraus resultierte ein Anstieg des Rohüberschusses um 14,9 % auf 33 Mio. EUR.

Die R+V Lebensversicherung a. G. – ein starker und verlässlicher Partner

Mit deutlich ausgebauten Bewertungsreserven sowie einer freien Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 81 Mio. EUR verfügt die R+V Lebensversicherung a. G. über hohe und stabile Finanzpolster.

Alle Verpflichtungen waren durch entsprechende Kapitalanlagen (gebundenes Vermögen) auf Basis der Buch- und Zeitwerte 2005 jederzeit in vollem Umfang bedeckt.

Finanzielle Solidität und Kundenorientierung für eine verlässliche und langfristige Partnerschaft

Die Unternehmenspolitik der R+V Lebensversicherung a. G. ist auf langfristige wirtschaftliche Solidität ausgerichtet. Durch den Einsatz eines wirkungsvollen Asset-Liability-Management-Systems wird diesem Unternehmensziel Rechnung getragen. Verschiedene Kapitalmarktszenarien werden mit ihren Auswirkungen simuliert. Die Ergebnisse fließen zeitnah in die Steuerung des Anlage-Portfolios ein und gewährleisten auch bei widrigen Umständen die jederzeitige Erfüllung der den Kunden gegenüber eingegangenen Verpflichtungen.

Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass die R+V Lebensversicherung a. G. wie alle anderen Unternehmen der R+V Gruppe auch 2005 alle verlangten Stress-Tests mit Erfolg bestanden hat.

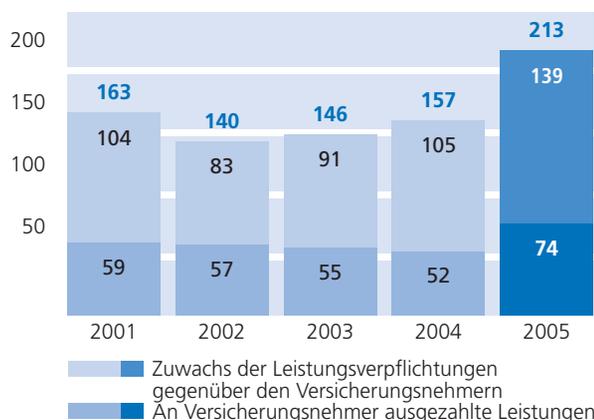
Die R+V Lebensversicherung a. G. gehört zu den Versicherungsunternehmen mit den niedrigsten Beschwerdequoten bei der Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Die hohe Kundenzufriedenheit, die dadurch widerspiegelt wird, ist Resultat ihrer konsequenten Serviceorientierung.

Die bewährten Produkte bilden in Kombination mit einer ausgezeichneten Finanzkraft und einem hohen Maß an Kostenbewusstsein das Fundament unserer ausgeprägten Sicherheitsorientierung und somit der äußerst erfreulichen Unternehmensergebnisse.

Gebuchte Bruttobeiträge
in Mio. €



Versicherungsleistungen
in Mio. €



Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Bestandsübertragung vom 26. Juli 2005

Die Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Genehmigung der Bestandsübertragung von der R+V Lebensversicherung a. G. auf die R+V Lebensversicherung AG im Jahr 1989 war nicht erfolgreich, sodass eine Rückabwicklung der Bestandsübertragung endgültig ausgeschlossen ist. Daneben haben die Verfassungsrichter dem Gesetzgeber den Auftrag erteilt, bis Ende 2007 für künftige Bestandsübertragungen gesetzliche Maßstäbe zur angemessenen Beteiligung der Versicherungsnehmer an den geschaffenen Vermögenswerten zu entwickeln.

Beiträge

Gegenüber dem Geschäftsjahr 2004 stiegen die gebuchten Bruttobeiträge deutlich um 22,0 % auf 174 Mio. EUR. Diese erfreuliche Entwicklung ist vor allem auf das starke Neugeschäft des Vorjahres zurückzuführen. Viele im Jahr 2004 abgeschlossene Verträge wurden erstmals im Jahr 2005 in voller Höhe beitragswirksam.

Die Beiträge zu Leibrentenversicherungen hatten mit 89 Mio. EUR beziehungsweise 51 % aller gebuchten Beiträge den größten Anteil. Den zweitgrößten Anteil hatten mit 83 Mio. EUR (48 %) die Kapital bildenden Versicherungen. Der Rest verteilte sich auf Restkreditversicherungen und zu einem sehr geringen Teil auf reine Risikoversicherungen.

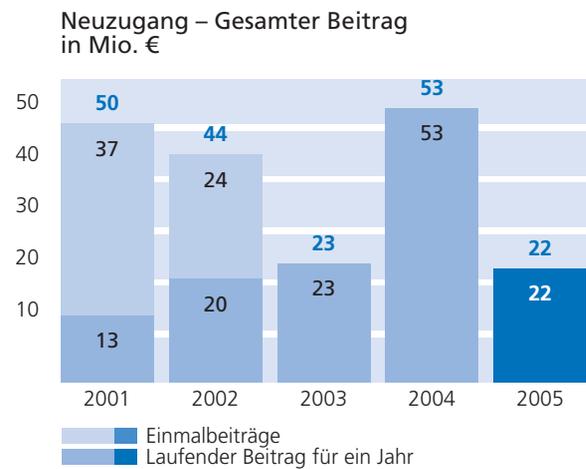
Leistungen zu Gunsten der Versicherungsnehmer

Im Jahr 2005 beliefen sich die Leistungen zu Gunsten der Versicherungsnehmer auf insgesamt 213 Mio. EUR. Davon entfielen 74 Mio. EUR auf Auszahlungen für Versicherungsfälle, Rückkäufe und Überschussguthaben. Zur Erfüllung zukünftiger Leistungsverpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern wurden den entsprechenden Rückstellungen 139 Mio. EUR zugeführt.



Aufwendungen für Versicherungsfälle

Mit 62,5 Mio. EUR stiegen die Aufwendungen für Versicherungsfälle um 32,0 %. Dies ist allein auf die hohe Zahl an Abläufen zurückzuführen. Die Aufwendungen hierfür stiegen um 74,9 % auf 45,8 Mio. EUR. Die Leistungen für vorzeitige Versicherungsfälle gingen dagegen um 11,0 % auf 4,2 Mio. EUR zurück wie auch die Auszahlungen für Rückkäufe um 17,2 % auf 10,4 Mio. EUR sanken. Der stärkste Rückgang wurde mit 47,1 % bei den Invaliditätsrentenzahlungen verzeichnet. Hier wurden im Berichtsjahr lediglich 2,0 Mio. EUR gezahlt.

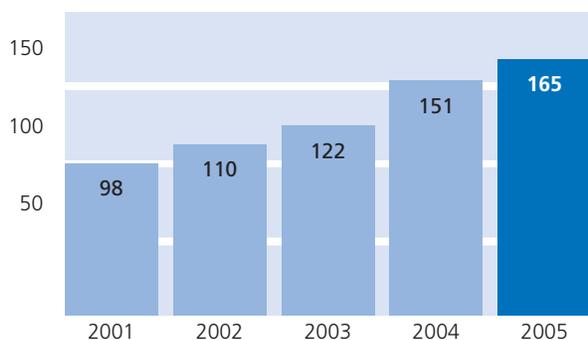


Neuzugang

Erwartungsgemäß ging im Jahr 2005 das Neugeschäft zurück, da der Abschluss von Lebensversicherungsverträgen von vielen Kunden aufgrund der veränderten Besteuerung in das Jahr 2004 vorgezogen wurde. Der gesamte Beitrag des Neugeschäfts von 22 Mio. EUR bedeutete einen Rückgang um 57,9 % gegenüber dem Ausnahmejahr 2004 und lag somit wieder auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2003 (23 Mio. EUR). Es wurden 2,4 Tsd. neue Verträge abgeschlossen.

Darunter waren 1,8 Tsd. Rentenversicherungsverträge mit einem Neugeschäftsbeitrag von 18 Mio. EUR. Ihr Anteil am Neugeschäft – bezogen auf den laufenden Beitrag für ein Jahr – stieg auf 81 %. Die ca. 500 neu abgeschlossenen Kapital bildenden Lebensversicherungen trugen 4,1 Mio. EUR zum Neugeschäftsbeitrag bei, die knapp 100 Risikoversicherungen 42 Tsd. EUR.

Versicherungsbestand
Laufender Beitrag für ein Jahr in Mio. €



Versicherungsbestand

Die R+V Lebensversicherung a. G. hatte am Ende des Geschäftsjahres 172 Tsd. Verträge im Bestand. Den größten Anteil mit 112 Tsd. Verträgen stellten daran erneut die Restkreditversicherungen.

Der Bestand an Kapital bildenden Versicherungen ging aufgrund der hohen Ablaufzahlen um 7,5 % auf 49 Tsd. Stück zurück.

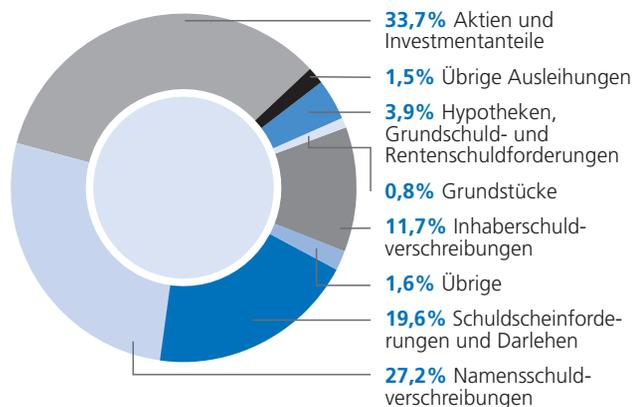
Der Bestand an Rentenversicherungsverträgen wuchs dagegen um 19,9 % auf über 10 Tsd. Stück.

Der statistische Jahresbeitrag des Bestandes stieg gegenüber dem Jahr 2004 deutlich um 9,4 % und belief sich nunmehr auf 165 Mio. EUR. Mit 50 % hatten daran die Rentenversicherungen den größten Anteil, gefolgt von den Kapital bildenden Versicherungen mit einem Anteil von knapp 49 %.

Die Stornoquote, welche sich aus dem Verhältnis von vorzeitigen Abgängen zum mittleren Bestandsbeitrag errechnet, sank auf 1,7 %. Dieser stark branchenunterdurchschnittliche Wert zeugt von der hohen Qualität unserer Versicherungsprodukte und der gebotenen Dienstleistungen.

Die Bestandsbewegung der Lebensversicherungen ist im Einzelnen in der Anlage 2 zum Lagebericht (Seiten 24 – 27) dargestellt.

Struktur der Kapitalanlagen 2005



Versicherungsarten

Die im Geschäftsjahr 2005 betriebenen Versicherungsarten, untergliedert nach Versicherungsformen, können der Anlage 1 zum Lagebericht (Seite 23) entnommen werden.

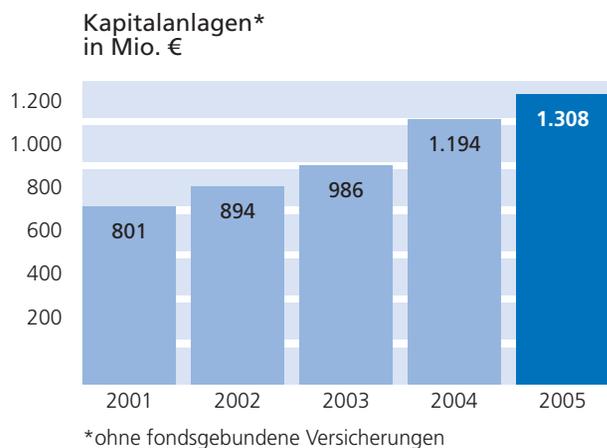
Bestand an Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen erhöhten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 114 Mio. EUR bzw. 9,5 % auf 1.308 Mio. EUR. Die für die Neuanlage zur Verfügung stehenden Mittel wurden zum einen für Investitionen in Zinstitel und Rentenfonds verwendet. Zum anderen wurden Aktien direkt und indirekt über Spezialfonds unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft erworben.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Aus den Kapitalanlagen der Gesellschaft wurden laufende Erträge in Höhe von 63,2 Mio. EUR erwirtschaftet. Abzüglich der ordentlichen Aufwendungen von 1,7 Mio. EUR ergab sich ein ordentliches Ergebnis von 61,5 Mio. EUR. Die laufende Durchschnittsverzinsung nach der Verbandsformel belief sich wie im Vorjahr auf 4,9 %.

Erträge aus Zuschreibungen gem. § 280 HGB durch die Wertaufholung von Abschreibungen früherer Geschäftsjahre wurden in Höhe von 5,6 Mio. EUR verzeichnet. Zusätzlich wurden durch die Veräußerung von Aktien, Rentenpapieren und Fonds Buchgewinne in Höhe von 1,7 Mio. EUR erzielt.



Aus dem Währungsportfolio resultierten im abgelaufenen Geschäftsjahr Wechselkursgewinne von 0,4 Mio. EUR sowie Zuschreibungen in Höhe von 0,3 Mio. EUR.

Außerordentliche Abschreibungen wurden in Höhe von 1,4 Mio. EUR vorgenommen.

Insgesamt ergab sich ein außerordentlicher Ergebnisbeitrag von 5,9 Mio. EUR.

Das Nettoergebnis stieg um 11,1 Mio. EUR bzw. 19,7 % auf einen Wert von 67,4 Mio. EUR an. Die Nettoverzinsung lag bei 5,4 % und somit über dem Vorjahreswert von 5,2 %.

Die Bewertungsreserven der zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen nahmen einen Wert von 94,5 Mio. EUR an. Bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen resultierte daraus eine Reservequote in Höhe von 7,2 % gegenüber 4,6 % im Vorjahr und somit eine deutliche Stärkung der Reservesituation der Gesellschaft. Unberücksichtigt blieben bei dieser Betrachtung die Reserven der zu Nennwerten bilanzierten Aktiva wie Darlehen und Namensschuldverschreibungen, da diese von der Angabeverpflichtung ausgenommen sind.

Die Bedeckung der versicherungstechnischen Passiva durch das Sicherungsvermögen sowie das sonstige gebundene Vermögen war sowohl zu Buch- als auch zu Zeitwerten jederzeit gewährleistet.

Kosten

Aufgrund des geringeren Neugeschäftsvolumens sanken die Abschlussaufwendungen im Jahr 2005 um 51,7 % auf 7,0 Mio. EUR. Mit der Beitragssumme des Neugeschäfts in Höhe von 229 Mio. EUR ergab sich daraus ein Abschlusskostensatz von 3,1 %.

Die Verwaltungskosten stiegen mit 14,4 % weniger stark als die gebuchten Bruttobeiträge. Daraus resultierte ein Absinken des Verwaltungskostensatzes auf 2,6 % (Vorjahr: 2,8 %).

Die wesentlichen Überschussquellen

Zins-, Risiko- und Kostenergebnis bilden die wesentlichen Quellen des Gesamtüberschusses des Berichtsjahres. Alle drei Ergebnisquellen waren im Berichtsjahr positiv.

Wie in den Vorjahren stellte das Zinsergebnis die größte Überschussquelle dar. Im Vergleich zum Vorjahr stieg das Zinsergebnis deutlich an.

Durch die vorsichtige Einschätzung der Sterblichkeit und anderer Risiken war die zweitwichtigste Überschussquelle der Risikoüberschuss.

Da die vorgesehenen Mittel zur Deckung der Kosten im Geschäftsjahr nicht in vollem Umfang benötigt wurden, floss das Kostenergebnis als drittgrößte Quelle in den Überschuss ein.

Der Überschuss und seine Verwendung

Im Geschäftsjahr 2005 erwirtschaftete die R+V Lebensversicherung a. G. einen Überschuss in Höhe von 33 Mio. EUR, was einer Steigerung von 14,9 % entspricht.

Von diesem Überschuss wurden für künftige Überschussbeteiligungen 31 Mio. EUR in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung eingestellt. Die Verlustrücklage wurde um 2 Mio. EUR gestärkt.

Überschussbeteiligung

Durch die Überschussbeteiligung werden die Versicherungsnehmer entstehungsgerecht und zeitnah an den erwirtschafteten Überschüssen beteiligt.

Die Überschussbeteiligung für das Jahr 2006 wurde gegenüber dem Vorjahr unverändert festgelegt. Dies erreichte die R+V Lebensversicherung a. G. durch ihre auf Kontinuität und Ertragsstabilität ausgerichtete Anlagepolitik.

Damit wird die R+V Lebensversicherung a. G. auch im Jahr 2006 zu den überdurchschnittlich leistungsstarken Anbietern gehören.

Die für das Versicherungsjahr 2006 deklarierten Überschussanteilsätze sind auf den Seiten 48 – 52 aufgeführt.

Wie im Vorjahr wurden wieder Teile der Überschussbeteiligung für zwei Jahre festgelegt. Grund- und Risikoüberschussanteilsätze sind bereits auch für das Geschäftsjahr 2007 deklariert.

Vertragsbeziehungen

Die Vorstände der Gesellschaften der R+V Gruppe sind teilweise in Personalunion besetzt.

Die Gesellschaften der R+V Gruppe haben Dienstleistungsvereinbarungen abgeschlossen. Danach werden gesellschaftsübergreifende Dienstleistungen jeweils von einer Gesellschaft – R+V Versicherung AG, R+V Allgemeine Versicherung AG, R+V Lebensversicherung AG, KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft oder R+V Service Center GmbH (vormals Rhein-Main Assistance GmbH) – erbracht. Die Dienstleistungen für die anderen Gesellschaften erstrecken sich im Wesentlichen auf folgende Betriebsbereiche: Vertrieb, Vermögensanlage, Vermögensverwaltung, Rechnungswesen, Beitragseinzug, Controlling, Rechtswesen, Revision, Kommunikation, Personalverwaltung, allgemeine Verwaltung und Informationsverarbeitung. Die leistungsempfangenden Gesellschaften werden mit den Aufwendungen nach der Inanspruchnahme von Dienstleistungen belastet; sie haben hinsichtlich der ausgegliederten Betriebsbereiche Weisungs- und Kontrollrechte.

Darüber hinaus besteht zwischen den Gesellschaften der R+V Gruppe eine Vereinbarung über eine zentrale Gelddisposition und ein zentrales Finanzclearing.

Die versicherungstechnische Verwaltung erfolgt durch die R+V Lebensversicherung AG, die auch über ihren Außendienst Lebens-, Renten- und Risikoversicherungen an die R+V Lebensversicherung a. G. vermittelt.

Verbandszugehörigkeit

Die Gesellschaft ist Mitglied folgender Verbände:

- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin
- Versicherungsombudsmann e. V., Berlin.

Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement der R+V Lebensversicherung a. G., basierend auf dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG), umfasst alle systematischen Maßnahmen, um Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu beherrschen.

Ein über alle Gesellschaften der R+V Gruppe implementierter Risikomanagementprozess legt Regeln zum Umgang mit Risiken fest und ist Grundlage für ein zentrales Frühwarnsystem. Auf Basis verbindlich festgelegter Kennzahlen und Schwellenwerte erfolgt vierteljährlich eine aktualisierte Indexbewertung aller bedeutenden Risiken der R+V Gruppe in einer Datenbank. Bei Überschreitung eines bestimmten Indexwertes werden zwingend Maßnahmen eingeleitet und die Verantwortlichen für deren Durchführung benannt.

Durch die regelmäßig stattfindende Risikokonferenz und das zentrale Risikoberichtswesen an den Vorstand ist gewährleistet, dass Risiken der künftigen Entwicklung rechtzeitig identifiziert, beurteilt und kontrolliert werden. Bei Existenz gefährdender Veränderungen von Risiken sind in Ausnahmefällen Ad-hoc-Meldungen an das zuständige Vorstandsmitglied und den Leiter der Risikokonferenz vorgesehen.

Gegenstand der Betrachtung im Risikomanagementprozess sind versicherungstechnische Risiken, Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Risiken im Kapitalanlagebereich, operationale Risiken sowie globale und strategische Risiken.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnische Risikosituation eines Lebensversicherungsunternehmens ist maßgeblich geprägt durch die Langfristigkeit der Leistungsgarantien für den Versicherungsfall bei fest vereinbarten Beiträgen. Zur Sicherung der Erfüllbarkeit aller Leistungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen werden Rückstellungen gebildet. Die Berechnung dieser Rückstellungen basiert auf Annahmen über die künftige Entwicklung der biometrischen Risiken (Sterblichkeit, Berufsunfähigkeit usw.), der Kapitalerträge und der Kosten. Die Gefahr, dass sich die Rechnungsgrundlagen im Laufe der Zeit verändern, wird bei der R+V Lebensversicherung a. G. durch eine sorgfältige Produktentwicklung und aktuarielle Controllingsysteme beherrschbar gemacht. Die Verantwortliche Aktuarin wacht darüber, dass die Rechnungsgrundlagen neben der gegenwärtigen Risikolage auch einem möglichen Änderungsrisiko standhalten. Bei Kapital- und Risikoversicherungen – Versicherungen mit Todesfallschutz – werden zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen abhängig vom Vertragsbeginn die Sterbetafeln ADSt 1960/62 mod, ADSt 1986, DAV 1994 T sowie die unternehmensindividuelle Tafel R+V 2000 T verwendet. Laufende Auswertungen des Versicherungsbestandes zeigen bei allen verwendeten Sterbetafeln für das Todesfallrisiko ein angemessenes Sicherheitsniveau, das den Empfehlungen der Deutschen Aktuarvereinigung entspricht.

Die Gesellschaft verwendet für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung bei Rentenversicherungen mit Versicherungsbeginn ab 2005 die Rentensterbetafel DAV 2004 R. Diese ist aufsichtsrechtlich für Neuverträge als angemessen anzusehen.

Aufgrund der zu erwartenden längeren Lebenserwartung ist auch im bisherigen Rentenversicherungsbestand eine zunehmende Verringerung der Sicherheitsmargen hinsichtlich der Sterblichkeit anzunehmen. Die Gesellschaft hat deshalb gemäß der 2004 von der DAV empfohlenen Sterbetafel für die Bewertung der Deckungsrückstellung für den Bestand erstmalig zum 31. Dezember 2004 zusätzliche Beträge der Deckungsrückstellung zugeführt. Gemäß den Empfehlungen der DAV ergab sich für den Bestand zum 31. Dezember 2005 für Rentenversicherungen mit Beginnen bis 2004 einschließlich eine weitere Zuführung. Neuere Erkenntnisse zur Sterblichkeitsentwicklung oder die von der DAV empfohlene Stärkung der Sicherheitsmargen können zu weiteren Zuführungen zur Deckungsrückstellung führen. Insgesamt kann durch die Maßnahmen im Rentenbestand von einem stabilen Sicherheitsniveau ausgegangen werden.

Das Risiko, dass die zukünftigen Kapitalerträge den garantierten Zins auf die Rückstellungen unterschreiten, wird eingegrenzt durch den Erhalt von genügend freien Sicherungsmitteln, die in ungünstigen Kapitalmarktsituationen zur Verfügung stehen können. Mit Hilfe von Stress-Tests und Szenarioanalysen im Rahmen des Asset-Liability-Managements wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden die Auswirkungen eines weiterhin niedrigen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten systematisch geprüft. Zudem werden mittel- bis langfristig wirkende Maßnahmen zur Begrenzung der Garantien umgesetzt.

Die für 2006 und teilweise für 2007 deklarierte Überschussbeteiligung ist bereits festgelegt und gesichert. Die jährliche Festlegung der Überschussbeteiligung erfolgt so, dass mit der freien RfB und den Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen unter Berücksichtigung der zu erwartenden laufenden Zinserträge noch genügend freie Mittel zur Absicherung des Zinsgarantierisikos zur Verfügung stehen.

Das Stornorisiko wird bei der Berechnung der Deckungsrückstellung berücksichtigt, indem die Deckungsrückstellung jeder einzelnen Versicherung mindestens so hoch angesetzt wird wie der jeweilige vertraglich oder gesetzlich garantierte Rückkaufswert. Im Rahmen der Finanzaufsicht unterliegen die Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung auch der Prüfung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Das Risiko hoher Einzel- oder Kumulrisiken wird durch angemessene Rückversicherungen begrenzt.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Uneinbringliche Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern werden unmittelbar als Minderung der Beitragseinnahmen gebucht. Dem entsprechenden Ausfallrisiko wird durch eine angemessene Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen, die nach den Erfahrungswerten aus der Vergangenheit ausreichend bemessen ist. Abrechnungsforderungen gegenüber Versicherungsvermittlern und aus dem Rückversicherungsgeschäft bestehen nicht.

Kapitalanlagerisiken

Bei der Erstellung des Produktes „Versicherungsschutz“ sind Lebensversicherungsunternehmen im Rahmen der Kapitalanlage Marktpreisänderungs-, Bonitäts- sowie Liquiditätsrisiken ausgesetzt, die zu einem dauerhaften Wertverlust der Kapitalanlagen führen und – in letzter Konsequenz – die Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge gefährden können. Insoweit hat das Kapitalanlagerisiko immer den Charakter eines Asset-Liability-Risikos. Die R+V Lebensversicherung a. G. begegnet diesen Risiken durch eine konsequente Umsetzung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Dabei folgt die Vermögensanlage der generellen Leitlinie einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Gewährleistung der jederzeitigen Liquidität des Versicherungsunternehmens. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen ist die Anlagepolitik dem Ziel der Risikominimierung in besonderem Maße verpflichtet.

Die Einhaltung von Anlageverordnung (AnV) sowie der aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird von der R+V Lebensversicherung a. G. durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kapitalanlagerichtlinien und Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt.

Derivative Finanzinstrumente, Strukturierte Produkte oder Asset Backed Securities werden ausschließlich nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen eingesetzt. Ihre Behandlung ist ebenfalls in innerbetrieblichen Richtlinien explizit geregelt. Darin enthalten sind insbesondere Volumen- und Kontrahentenlimite.

Durch ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen werden bei der R+V Lebensversicherung a. G. die verschiedenen Risiken regelmäßig überwacht und transparent dargestellt. Die Auswirkungen ungünstiger Marktbewegungen auf das Kapitalanlageportfolio werden mittels Standard- und Worst-Case-Szenarien simuliert. Darüber hinaus wird durch die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Mathematik und Kapitalanlage sichergestellt, dass regelmäßig die Erfordernisse aus den passivischen Leistungsverpflichtungen mit den Möglichkeiten der Vermögensanlage abgeglichen werden.

Zusätzlich sind jährliche Stress-Tests nach einer von der BaFin vorgeschriebenen Konzeption durchzuführen. Damit wird überprüft, ob das Versicherungsunternehmen trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf dem Kapitalmarkt in der Lage ist, die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Unter Fortschreibung der Kapitalmarktsituation vom Jahresende 2005 auf den 31. Dezember 2006 und Beibehaltung der in 2005 angewandten Methoden zur Ermittlung von dauerhaften Wertminderungen wird das Ergebnis aus Kapitalanlagen erneut einen positiven Beitrag zum Jahresergebnis leisten.

Schließlich begegnet die R+V Lebensversicherung a. G. Anlagerisiken auf organisatorischer Ebene durch eine strikte funktionale Trennung von Handel, Abwicklung und Controlling.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen im Einzelnen:

- das Marktrisiko: das Risiko, aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Faktoren wie Zins-, Aktienkurs- oder Wechselkursveränderungen Verluste zu erleiden.
- das Bonitätsrisiko: das Risiko, aufgrund des Ausfalls eines Emittenten oder Kontrahenten Verluste zu erleiden bzw. Gewinne nicht realisieren zu können.
- das Liquiditätsrisiko: das Risiko, aufgrund von nicht zeitgerechten Liquiditätszu- und -abflüssen den Zahlungsverpflichtungen – insbesondere aus Versicherungsverträgen – nicht jederzeit nachkommen zu können.

Marktrisiko

Zur Messung möglicher Marktrisiken in den Kapitalanlagen der R+V Lebensversicherung a. G. wurden Szenarioanalysen unter folgenden Prämissen durchgeführt: Für direkt und über Fonds gehaltene Aktien wurde die Auswirkung eines 20-prozentigen Kursrückgangs auf den Zeitwert dieser Positionen simuliert.

Für festverzinsliche Wertpapiere, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden die Auswirkungen einer Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder nach unten auf den Zeitwert dieser Wertpapiere und Ausleihungen ermittelt.

Darüber hinaus wird für den Bestand aller zinstragenden Anlagen regelmäßig eine Durationsanalyse durchgeführt.

Fremdwährungspositionen werden von der Gesellschaft im Wesentlichen zur Beimischung im Rahmen unseres aktiven Portfoliomanagements gehalten. Die daraus resultierenden Wechselkursrisiken unterliegen im Rahmen unserer Risikomodelle der ständigen Beobachtung.

Bonitätsrisiko

Das Anlageverhalten ist darauf ausgerichtet, Risikokonzentration im Portfolio zu vermeiden und durch eine weitgehende Diversifikation der Anlagen zur Minimierung der Risiken beizutragen. Darüber hinaus handelt es sich bei einem Großteil der festverzinslichen Wertpapiere und Ausleihungen um Emissionen, die von der öffentlichen Hand, öffentlich-rechtlichen Instituten oder Banken mit hervorragendem Rating ausgegeben wurden, zum Beispiel Bundesanleihen oder Pfandbriefe.

Mehr als 97 % dieser Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren weisen ein Standard & Poor´s Rating gleich oder besser als „A“, mehr als 80 % eines gleich oder besser als „AA“ auf.

Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätsrisiken der R+V Lebensversicherung a. G. werden zentral gesteuert. In diese Steuerung sind sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen sowie der allgemeinen Verwaltung einbezogen.

Darstellung der Überschussbeteiligung

Anpassungen der Überschussbeteiligung in der Lebensversicherung sind insbesondere unter Berücksichtigung der Kapitalmarktsituation notwendige Steuerungsmaßnahmen. Dabei ist es besonders wichtig, dass der Charakter der Überschussbeteiligung bei Lebensversicherungsunternehmen transparent dargestellt wird. Das Kunden-Informationskonzept der R+V Lebensversicherung a. G.

- verdeutlicht umfassend den Charakter der Überschussbeteiligung und macht den Vertragsverlauf für die Kunden transparent, so dass sichergestellt ist, dass der Kunde bereits bei Vertragsabschluss klar zwischen garantierter Leistung und Leistung aus der Überschussbeteiligung unterscheiden kann,
- stellt sicher, dass der Kunde sich eine Vorstellung von den quantitativen Auswirkungen der Überschussbeteiligung machen kann,

- sorgt dafür, dass er während der Vertragslaufzeit jährlich darüber informiert wird, welche Überschussbeteiligung tatsächlich bereits zugeführt wurde und wie sich die künftige Überschussbeteiligung quantitativ auswirken könnte.

Operationale Risiken

Operationale Risiken sind Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb. Sie entstehen durch menschliches Verhalten, technologisches Versagen, Prozess- oder Projektmanagementschwächen oder durch externe Einflüsse.

Risikovorsorge durch das interne Kontrollsystem

Das wesentliche Instrument der R+V Gruppe zur Begrenzung der operationalen Risiken stellt das interne Kontrollsystem dar. Durch Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen und durch die Überprüfung der Anwendung und Wirksamkeit der internen Kontrollsysteme durch die Konzernrevision wird dem Risiko von Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen in der Verwaltung vorgebeugt. Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen werden weitestgehend maschinell unterstützt. Im Benutzerprofil hinterlegte Vollmachten und Berechtigungsregelungen sowie maschinelle Vorlagen zur Freigabe aufgrund des hinterlegten Zufallsgenerators geben zusätzliche Sicherheit. Manuelle Bearbeitungen werden grundsätzlich nach dem Vier-Augen-Prinzip freigegeben.

Die interne Überwachung der Regelungen zum Risikomanagementsystem insbesondere hinsichtlich ihrer Wirksamkeit wird durch die Konzernrevision geprüft. Die Umsetzung der hieraus abgeleiteten Maßnahmen wird durch die Konzernrevision im Rahmen des Follow-up nachgehalten.

Risikovorsorge im Vertriebsbereich

Den Vertriebsrisiken begegnet die R+V-Gruppe mit intensiven Schulungen des Außendienstes und einem Bündel von analysierenden und Qualität sichernden Maßnahmen, wozu insbesondere geeignete Annahmerichtlinien gehören.

Die vertriebslichen Risiken werden anhand von Frühwarnindikatoren, die insbesondere die Veränderungen im Markt und Wettbewerb anzeigen, laufend und systematisch beobachtet; gegebenenfalls werden hieraus frühzeitig geeignete Maßnahmen zur Abwehr bzw. Vermeidung dieser Risiken ergriffen.

Der Risikomanagementprozess umfasst die gesamte Vertriebsstruktur, d.h. sowohl die zentralen als auch die dezentralen Organisationseinheiten.

Risikovorsorge im IT-Bereich

Im IT-Bereich gewährleisten umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen die Sicherheit von Programmen und Daten sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes. Eine besondere Gefahr wäre der teilweise oder totale Ausfall von Datenverarbeitungssystemen. Die R+V Gruppe hat hier durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte mit besonderer Zutrittssicherung, sensiblen Brandschutzvorkehrungen und abgesicherter Stromversorgung über Notstromaggregate Vorsorge getroffen. Ein definiertes Wiederanlaufverfahren für den Katastrophenfall wird durch turnusmäßige Übungen auf Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen in unterschiedlichen R+V-Gebäuden mit hochabgesicherten Räumen und zusätzlich durch externe Auslagerungen. Die Telekommunikationsinfrastruktur ist sowohl intern in den Gebäuden als auch für den Zugriff zum externen Netz hochredundant ausgelegt.

Die Qualitätssicherung der IT-Systeme erfolgt durch etablierte Prozesse des Problem- und Change-Managements. Alle servicerelevanten Ereignisse werden erfasst und entsprechend ihrer Bedeutung verfolgt. In einer täglich stattfindenden Konferenz werden die aktuellen Themen behandelt und der Bearbeitung zugeordnet. Im monatlich stattfindenden Service-Control-Meeting werden unter Beteiligung aller IT-Bereichsleiter bei Überschreitung festgelegter Schwellenwerte in Bezug auf Systemverfügbarkeiten und -antwortzeiten Problem-schwerpunkte eskaliert, Gegenmaßnahmen abgestimmt und verfolgt.

Risikovorsorge bei großen Projekten und Investitionen

Für die Planung und Durchführung von Projekten und Investitionen hat die R+V Gruppe verbindliche Vorgaben festgelegt. Die größeren Projekte und Investitionen werden danach regelmäßig in der Investitionskommission beurteilt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Ergebnisse, Probleme und (Gegen-)Maßnahmen sowie Budgeteinhaltung gelegt. Erforderliche Kurskorrekturen werden sofort eingeleitet. Darüber hinaus erfolgt die Abstimmung mit dem Gremium Risikokonferenz.

Externe Einflüsse

Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen einer ständigen Beobachtung, um rechtzeitig auf Chancen und Risiken reagieren zu können.

Von besonderer Bedeutung für die Lebensversicherer und ihr Geschäftsmodell sind die in 2005 veröffentlichten höchstrichterlichen Urteile von Bundesverfassungsgericht (BVerfG) und Bundesgerichtshof (BGH).

*Urteil des BVerfG vom 26. Juli 2005
zur Bestandsübertragung*

Die Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Genehmigung der Bestandsübertragung von der R+V Lebensversicherung a. G. auf die R+V Lebensversicherung AG im Jahr 1989 war nicht erfolgreich, so dass das Risiko einer Rückabwicklung der Bestandsübertragung endgültig ausgeschlossen ist. Daneben haben die Verfassungsrichter dem Gesetzgeber den Auftrag erteilt, bis 31. Dezember 2007 für künftige Bestandsübertragungen gesetzliche Maßstäbe zur angemessenen Beteiligung der Versicherungsnehmer an den geschaffenen Vermögenswerten zu entwickeln.

*Urteil des BVerfG vom 26. Juli 2005
zur Überschussbeteiligung*

Von zentraler Bedeutung für die gesamte Branche ist das Urteil zur Überschussbeteiligung, da es sich mit allgemeinen Fragen zur Lebensversicherung befasst. Im Kern wurde die Weiterentwicklung des gesetzlichen Rahmens zur Transparenz und Stärkung des Verbraucherschutzes gefordert, insbesondere auch hinsichtlich einer angemessenen Beteiligung der Versicherungsnehmer an den stillen Reserven der Gesellschaften. Die Verfassungsrichter haben daher dem Gesetzgeber vorgeschrieben, bis zum 31. Dezember 2007 die gesetzlichen Regelungen weiterzuentwickeln.

Der Verbraucherschutz mit seinen Informationspflichten hat bei R+V einen großen Stellenwert und befindet sich auf einem hohen Standard. Die Beteiligung der Versicherungsnehmer an den erwirtschafteten Überschüssen ist jederzeit in angemessener Höhe erfolgt. Sollte durch neue Vorgaben des Gesetzgebers Handlungsbedarf entstehen, werden neue Anforderungen in dem vorgegebenen Rahmen erfüllt.

*Urteil des BGH vom 12. Oktober 2005 zur Ersetzung
unwirksamer Klauseln in den Allgemeinen Bedingungen
der Kapital bildenden Lebensversicherung im Treuhänder-
verfahren nach §172 VVG*

Mit diesem Urteil hat der BGH einige für das Geschäftsmodell der Lebensversicherung wesentlichen Aussagen getroffen:

- Grundsätzlich ist die Ersetzung unwirksamer Klauseln im Treuhänderverfahren zu allen Tarifen der Lebensversicherung zulässig.
- Intransparente Klauseln dürfen nicht durch transparente aber inhaltsgleiche ersetzt werden.
- Geschieht dies dennoch, sind die im Treuhänderverfahren eingeführten Ersatzklauseln damit ebenfalls unwirksam.

Um den Gebrauch der unwirksamen Klauseln zur Verrechnung der Abschlusskosten und des Stornoabzugs sowie zur Berechnung der beitragsfreien Versicherungssummen und Rückkaufswerte zu sanktionieren, hat der BGH weiterhin entschieden:

- Der vereinbarte Betrag der beitragsfreien Versicherungssumme und des Rückkaufswertes darf die Hälfte des mit den Rechnungsgrundlagen der Prämienkalkulation berechneten ungezillmerten Deckungskapitals nicht unterschreiten.
- Ein Stornoabzug darf nicht erhoben werden.

Bei der R+V Lebensversicherung a. G. sind von dem Urteil Verträge betroffen, die zwischen Mitte 1994 und Mitte 2000 abgeschlossen worden sind.

Bestehende rechtliche Ansprüche aus diesen Verträgen werden von der R+V Lebensversicherung a. G. beglichen; Stornoabzüge werden hier nicht mehr erhoben.

Auf Grund der Unsicherheit bei der Einschätzung der künftigen Auswirkungen der richterlichen Entscheidungen wurden Maßnahmen abgeleitet und zusätzliche Rückstellungen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Berücksichtigung der Verjährung zur Risikovorsorge gebildet. Mögliche Änderungen in den Annahmen werden überwacht und in den Rückstellungen berücksichtigt.

Allgemeingültige Regelungen zu Rückkaufswerten und Stornoabzügen werden im Rahmen der VVG-Reform erwartet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die hier skizzierten Instrumente und Analysemethoden zeigen, dass der R+V Lebensversicherung a. G. ein umfassendes System zur Verfügung steht, das im Sinne eines effizienten Risikomanagements den Erfordernissen der Identifikation und Bewertung von Risiken gerecht wird. Hieraus sind zurzeit keine Entwicklungen erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig und wesentlich beeinträchtigen könnten.

Dank

Der Dank des Vorstandes gilt den Geschäftspartnern im genossenschaftlichen Verbund, die durch die gute Zusammenarbeit zum geschäftlichen Erfolg der Gesellschaft beigetragen haben.

Den Versicherungsnehmern dankt der Vorstand ganz besonders für das entgegengebrachte Vertrauen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung und Ausblick

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht zu verzeichnen.

Für das Jahr 2006 wird von einem zurückhaltenden Neugeschäft ausgegangen. Der Bestand wird wegen der auslaufenden Restkreditversicherungen zurückgehen.

Die Ertragsstärke der R+V Lebensversicherung a.G. wird aufgrund der Finanzkraft der Gesellschaft weiterhin auf hohem Niveau bleiben. Bei unveränderten Kapitalmarktergebnissen wird weiterhin eine überdurchschnittliche Überschussbeteiligung gewährt.

Für das neue Geschäftsjahr 2006 wird ein zufriedenstellendes Geschäftsergebnis erwartet.

Wiesbaden, 3. März 2006

Der Vorstand

Anlage 1 zum Lagebericht

Versicherungsarten

A. Einzelversicherung

1 Kapital bildende Lebensversicherung

1.1 Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall

1.2 Vermögensbildende Lebensversicherung

2 Risikoversicherung

2.1 Versicherung auf den Todesfall

3 Leibrentenversicherung

3.1 Aufgeschobene Rentenversicherung

B. Kollektivversicherung

1 Restkreditversicherung

1.1 Restkreditversicherung

1.2 Kreditrahmenversicherung

C. Zusatzversicherung

1 Unfall-Zusatzversicherung

2 Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung

3 Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherung

4 Arbeitsunfähigkeits-Zusatzversicherung

Versicherungen gegen feste Beiträge gemäß § 21 Abs. 2 VAG werden nicht abgeschlossen.

Anlage 2 zum Lagebericht

Bewegung und Struktur des Bestandes im Geschäftsjahr 2005

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €	Einmalbeitrag in Tsd. €	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	243.951	151.186	–	3.368.741
II. Zugang während des Geschäftsjahres:				
1. Neuzugang				
a) Eingelöste Versicherungsscheine	2.427	21.010	–	199.331
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos.2)	–	1.102	–	17.009
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile	–	–	–	10.908
3. Übriger Zugang	192	16	96	1.108
4. Gesamter Zugang	2.619	22.128	96	228.356
III. Abgang während des Geschäftsjahres:				
1. Tod, Berufsunfähigkeit, etc.	545	228	–	5.319
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	57.948	4.663	–	323.617
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	14.582	2.259	–	94.524
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	40	498	–	5.960
5. Übriger Abgang	1.387	209	–	11.084
6. Gesamter Abgang	74.502	7.857	–	440.504
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	172.068	165.457	–	3.156.593

Einzelversicherungen						Kollektivversicherungen		
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Restkreditversicherungen		
Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €	
53.296	81.872	329	166	8.685	65.908	181.641	3.240	
527	3.513	72	42	1.828	17.455	–	–	
–	561	–	–	–	541	–	–	
–	–	–	–	–	–	–	–	
–	–	–	–	–	–	192	16	
527	4.074	72	42	1.828	17.996	192	16	
120	64	1	1	12	139	412	24	
3.105	3.499	5	3	2	822	54.836	339	
1.260	1.652	–	–	68	495	13.254	112	
19	171	4	2	17	175	–	150	
3	163	–	–	2	36	1.382	10	
4.507	5.549	10	6	101	1.667	69.884	635	
49.316	80.397	391	202	10.412	82.237	111.949	2.621	

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	243.951	3.368.741
Davon beitragsfrei	(135.603)	(910.171)
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	172.068	3.156.593
Davon beitragsfrei	(76.956)	(634.832)

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Zusatzversicherungen insgesamt	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	92.306	2.909.363
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	48.065	1.665.927

Einzelversicherungen						Kollektivversicherungen	
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Restkreditversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in Tsd. €
53.296 (13.957)	2.058.438 (394.292)	329 (-)	43.566 (-)	8.685 (16)	522.808 (177)	181.641 (121.630)	743.929 (515.702)
49.316 (13.023)	2.054.327 (398.198)	391 (-)	51.754 (-)	10.412 (123)	642.353 (4.195)	111.949 (63.810)	408.159 (232.439)

Unfall-Zusatzversicherungen		Berufsunfähigkeits- oder Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherungen		Arbeitsunfähigkeits-Zusatzversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungs- summe in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in Tsd. €
143	13.196	2.048	274.633	90.115	2.621.534
149	13.300	2.286	305.798	45.630	1.346.829

Jahresabschluss 2005

Bilanz zum 31. 12. 2005*

Aktiva

				2005	2004
	€	€	€	€	€
A. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks				—,—	—
B. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Aufwendungen für die Inangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs			—,—		—
II. Geschäfts- oder Firmenwert			—,—		—
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			—,—		—
				—,—	—
C. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			10.672.840,58		10.959.026
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		—,—			—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		—,—			—
3. Beteiligungen		—,—			1.238.880
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		—,—	—,—		—
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		441.288.045,99			280.073.617
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		153.274.852,02			132.357.172
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen		51.598.878,95			52.277.458
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	355.129.188,11				396.201.917
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	256.010.680,72				211.588.857
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	1.469.127,—				1.822.308
d) Übrige Ausleihungen	19.338.756,43	631.947.752,26			19.338.756
5. Einlagen bei Kreditinstituten		2.000.000,—			71.200.000
6. Andere Kapitalanlagen		16.772.210,55	1.296.881.739,77		16.772.211
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			—,—		—
				1.307.554.580,35	1.193.830.202
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				557.095,25	327.585

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

				2005	2004
	€	€	€	€	€
E. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer					
a) Fällige Ansprüche	767.152,96				4.284.634
b) Noch nicht fällige Ansprüche	516.065,—	1.283.217,96			6.072.972
2. Versicherungsvermittler		—,—			—
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen		—,—	1.283.217,96		—
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			—,—		—
III. Sonstige Forderungen			10.002.113,33		31.602.917
Davon an:					
Beteiligungsunternehmen					
– €	(– €)				
				11.285.331,29	41.960.523
F. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			1.084,—		1.615
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			486.569,55		860.666
III. Eigene Anteile			—,—		—
Nennwert bzw. rechnerischer Wert:					
– €	(– €)				
IV. Andere Vermögensgegenstände			12.269.695,54		4.707.628
				12.757.349,09	5.569.909
G. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB				—,—	—
H. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			22.184.359,05		22.132.738
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			2.981.928,93		2.087.923
				25.166.287,98	24.220.661
Summe Aktiva				1.357.320.643,96	1.265.908.880

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten E. II und F. I der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11 c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 24. November 2005 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Wiesbaden, 27. Januar 2006

Dr. Harenbrock
Verantwortliche Aktuarin

Ich bescheinige gemäß § 73 VAG, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Wiesbaden, 1. März 2006

Schottler
Treuhänder

Passiva

			2005	2004
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gründungsstock		—,—		—
II. Kapitalrücklage		—,—		—
Davon Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:				
– €	(– €)			
III. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	13.400.000,—			11.400.000
2. Rücklage für eigene Anteile	—,—			—
3. Satzungsmäßige Rücklagen	—,—			—
4. Rücklage gemäß § 58 Abs. 2a AktG	—,—			—
5. Andere Gewinnrücklagen	—,—	13.400.000,—		—
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		—,—		—
			13.400.000,—	11.400.000
B. Genussrechtskapital			—,—	—
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			—,—	—
D. Sonderposten mit Rücklageanteil			—,—	—
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	57.546.994,—			50.883.405
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	1.159.552,—	56.387.442,—		1.026.946
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	950.814.801,—			829.181.728
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	22.613.564,—	928.201.237,—		18.092.449
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	2.270.999,58			4.080.191
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	68.808,—	2.202.191,58		49.319
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	148.611.863,44			135.569.072
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	148.611.863,44		—
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		—,—		—
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	—,—			—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	—,—		—
			1.135.402.734,02	1.000.545.682

Gewinn-und-Verlust-Rechnung*

vom 1. 1. bis 31. 12. 2005

			2005	2004
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	174.461.797,34			142.966.614
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	5.635.917,87	168.825.879,47		5.471.230
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-6.663.589,—			-14.458.165
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-132.606,—	-6.530.983,—		113.278
			162.294.896,47	122.923.941
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			7.915.384,—	7.352.862
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		92.133,20		253.366
Davon:				
aus verbundenen Unternehmen	- €	(- €)		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
Davon:				
aus verbundenen Unternehmen	- €	(- €)		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.483.630,69			1.884.392
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	61.637.353,18	63.120.983,87		53.079.666
c) Erträge aus Zuschreibungen		5.617.262,06		3.135.359
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.718.278,25		930.204
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		—,—		—
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		—,—		—
			70.548.657,38	59.282.987
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			83.697,76	18.356
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			162.070,05	4.601.642
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	64.273.437,31			49.463.120
bb) Anteil der Rückversicherer	360.330,92	63.913.106,39		1.541.386
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-1.809.190,85			-2.124.596
bb) Anteil der Rückversicherer	19.489,—	-1.828.679,85		47.473
			62.084.426,54	45.749.665

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

			2005	2004
	€	€	€	€
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	-121.862.583,19			-94.833.507
bb) Anteil der Rückversicherer	-4.526.571,—	-117.336.012,19		-3.439.044
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		—,—		—
			-117.336.012,19	-91.394.463
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			31.017.913,60	26.923.028
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	6.972.259,53			14.447.707
b) Verwaltungsaufwendungen	4.609.987,59	11.582.247,12		4.031.084
c) Davon ab:				
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		1.589.809,28		1.292.368
			9.992.437,84	17.186.423
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.401.698,82		1.729.968
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		1.734.075,12		1.131.321
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		13.100,01		137.223
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		—,—		—
e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		—,—		—
			3.148.873,95	2.998.512
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			22,77	—
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			9.028.614,89	2.830.478
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			8.396.403,88	7.097.219

			2005	2004
	€	€	€	€
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		958.481,88		88.296
2. Sonstige Aufwendungen		6.504.429,98		4.267.988
3. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis			-5.545.948,10	-4.179.692
4. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2.850.455,78	2.917.527
5. Außerordentliche Erträge		—,—		—
6. Außerordentliche Aufwendungen		—,—		—
7. Außerordentliches Ergebnis			—,—	—
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		789.357,34		1.048.985
9. Sonstige Steuern		61.098,44		68.542
			850.455,78	1.117.527
10. Erträge aus Verlustübernahme		—,—		—
11. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		—,—		—
			—,—	—
12. Jahresüberschuss			2.000.000,—	1.800.000
13. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			—,—	—
14. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			—,—	—
Davon Entnahmen aus der Rücklage gem. § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:				
– €	(– €)			
15. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		—,—		—
b) aus der Rücklage für eigene Anteile		—,—		—
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen		—,—		—
d) aus anderen Gewinnrücklagen		—,—		—
			—,—	—
16. Entnahmen aus Genussrechtskapital			—,—	—
17. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		2.000.000,—		1.800.000
b) in die Rücklage für eigene Anteile		—,—		—
c) in satzungsmäßige Rücklagen		—,—		—
d) in andere Gewinnrücklagen		—,—		—
			2.000.000,—	1.800.000
18. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals			—,—	—
19. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			—,—	—

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit den um Abschreibungen geminder-ten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Die Abschreibungen erfolgten linear mit dem steuerlich gebotenen Satz.

Beteiligungen sowie **Andere Kapitalanlagen** wurden zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um anteilige Abschreibungen, bilanziert.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie **Inhaberschuldver-schreibungen und andere festverzinsliche Wert-papiere** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zuge-ordnet sind.

In diesen Positionen wurden auch derivate Finanz-instrumente erfasst. Im Rahmen der Bilanzierung wur-den Bewertungseinheiten mit im Bestand vorhandenen Wertpapieren gebildet.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festver-zinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden zum 31. 12. 2005 mit ihrem aktuellen Marktwert bewer-tet, maximal jedoch mit den Anschaffungskosten.

Soweit Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung nicht mehr bestehen, wurden gemäß § 280 Abs. 1 HGB Zuschreibungen auf den Börsenkurs bis maximal zum Anschaffungswert vorgenommen.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforde-rungen, Sonstige Ausleihungen sowie **Einlagen bei Kreditinstituten** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt, soweit nicht Einzelwertberichtigungen vor-zunehmen waren.

Die unter den sonstigen Ausleihungen ausgewiesenen Zero-Schuldscheindarlehen wurden zu Anschaffungs-kosten unter Berücksichtigung der kapitalisierten Zinsansprüche bilanziert.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen wurden mit ihrem Zeitwert bilanziert.

Agio- und Disagioträge wurden durch aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten auf die indivi-duelle Laufzeit der jeweiligen Anlage zeitanteilig ver-teilt. Hierbei handelt es sich um die Abgrenzung auf Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforde-rungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldschein-darlehen sowie aktivierte Optionsprämien der zerle-gungspflichtigen strukturierten Produkte.

Finanzderivate und **strukturierte Produkte** wurden in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt und mittels aner-kannter finanzmathematischer Methoden auf Basis der Modelle von Black – Scholes, Hull – White und Brace – Gatarek – Musiela (BGM) bewertet.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** wurden zum Nennwert ange-setzt und um Pauschalwertberichtigungen, die anhand der Stornoquote der Vergangenheit errechnet wurden, vermindert. Bei der Berechnung der Pauschalwertber-ichtigung zu noch nicht fälligen Ansprüchen wurde der ermittelte Betrag noch um Provisionsrückforderungen gekürzt.

Der Ansatz aller **anderen Forderungen** erfolgte mit dem Nennwert.

Die Bewertung der **Betriebs- und Geschäftsausstat-tung** erfolgte zu Anschaffungskosten, die linear inner-halb der steuerlich zulässigen Nutzungsdauer abge-schrieben werden. Die Abgänge des Geschäftsjahres wurden zeitanteilig abgeschrieben.

Die **Beitragsüberträge** wurden unter Berücksichtigung der Beginnstermine jeder einzelnen Versicherung ermit-telt. Das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. 4. 1974 wurde beachtet.

Der Anteil der Rückversicherer an den Beitragsüberträ-ge(n) wurde gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Die **Deckungsrückstellung** wurde gemäß dem Geschäftsplan bzw. den Grundsätzen, die der BaFin nach § 13 d Nr. 6 VAG dargelegt wurden, grundsätzlich einzelvertraglich unter Berücksichtigung der Beginn-stermine ermittelt. Dabei kam mit Ausnahme der fonds-gebundenen Überschussverwendung die prospektive Methode zur Anwendung. Die Fälle, in denen die Deckungsrückstellung einen pauschalen Betrag enthält, sind nachstehend erläutert.

Die folgende Darstellung führt die Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der Deckungsrückstellung der wesentlichen Versicherungsbestände auf.

Versicherungsbestand an Kapital bildenden Versicherungen einschließlich Vermögensbildungsversicherungen, Rentenversicherungen, Risiko- und Restkreditversicherungen		
Rechnungszins	Sterbetafel	Anteil an der Gesamtdeckungsrückstellung ¹⁾
3,0 %	ADSt 1960/62 mod	12 %
3,5 %	ADSt 1986 für Männer und Frauen	27 %
4,0 %	DAV 1994 T für Männer und Frauen	34 %
2,75 %	R+V 2000 T für Männer und Frauen	1 %
3,25 %	R+V 2000 T für Männer und Frauen	10 %
2,75 %	DAV 2004 R-Bestand ²⁾ für Männer und Frauen	5 %
3,25 %	DAV 2004 R-Bestand ²⁾ für Männer und Frauen	10 %
2,75 %	DAV 2004 R	< 1 %

Die Zillmersätze bei den Kapital bildenden Versicherungen und Vermögensbildungsversicherungen zu den Sterbetafeln ADSt 1960/62 mod und ADSt 1986 betragen maximal 35 ‰ der Versicherungssumme. Bei den Kapital bildenden Versicherungen und Vermögensbildungsversicherungen zur Sterbetafel DAV 1994 T betragen die Zillmersätze maximal 40 ‰ der Beitragssumme. Bei den Kapital bildenden Versicherungen und Risikoversicherungen zur Sterbetafel R+V 2000 T betragen die Zillmersätze bis zu 25 ‰ der Beitragssumme.

Bei den Rentenversicherungen beträgt der Zillmersatz 25 ‰ der Beitragssumme.

Zur Anpassung an die sich verändernden biometrischen Rechnungsgrundlagen wird bei den Rentenversicherungen, die bis 2004 für den Neuzugang offen waren, die Deckungsrückstellung gemäß dem von der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) entwickelten Verfahren mit der Tafel DAV 2004 R-Bestand²⁾ berechnet. Dabei kamen die von der DAV empfohlenen Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten zur Anwendung.

Die sich aus der Erhöhung der Leistungsverpflichtungen nach dem BGH-Urteil vom 12. Oktober 2005 ergebenden Ansprüche wurden ermittelt und pauschal in der Deckungsrückstellung berücksichtigt.

In der Arbeitsunfähigkeits-(Zusatz)versicherung liegt der Deckungsrückstellung in der Anwartschaftszeit die Sterbetafel DAV 1994 T und im Leistungsbezug die Tafel ADSt 1986 zugrunde. Die Arbeitsunfähigkeitswahrscheinlichkeiten in der Anwartschaft entstammen der Tafel R+V 2000 AU. Im Leistungsbezug liegen Arbeitsunfähigkeitswahrscheinlichkeiten gemäß Geschäftsplan der AUZ zugrunde.

Der Deckungsrückstellung für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung, die seit Juli 2000 für den Neuzugang offen ist, liegt die Sterbetafel DAV 1994 T zugrunde. Die nach Berufsgruppen getrennten Invalidisierungswahrscheinlichkeiten entstammen der Tafel R+V 2000 I.

In der Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung, die von Mai 1999 bis Juni 2000 für den Neuzugang offen war, liegen der Deckungsrückstellung die Sterbetafel DAV 1994 T sowie nach Berufsgruppen getrennte Invalidisierungswahrscheinlichkeiten der Tafel R+V 1999 I-mod zugrunde.

In der Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherung liegen der Deckungsrückstellung die Sterbetafel DAV 1994 T sowie Invalidisierungswahrscheinlichkeiten nach der Tafel DAV 1998 E zugrunde.

Die Deckungsrückstellung für beitragsfreie Boni aus der Überschussbeteiligung wurde nach den gleichen Rechnungsgrundlagen ermittelt, wie sie der jeweils zugehörigen Hauptversicherung zugrunde liegen.

¹⁾ Anteile aus Zusatzversicherungen an der Gesamtdeckungsrückstellung sind unter den maßgebenden Rechnungsgrundlagen für die zugehörige Hauptversicherung aufgeführt.

²⁾ Interpolation zwischen DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20, Interpolationsschritt 1/20.

Verwaltungskosten wurden in der Deckungsrückstellung implizit berücksichtigt. Bei Versicherungen mit tariflich beitragsfreien Jahren, bei beitragsfrei gestellten Versicherungen sowie bei beitragsfreien Boni aus der Überschussbeteiligung wurde eine Verwaltungskostenrückstellung gebildet. Zur Anpassung der Sicherheitsmargen bei den für den Neuzugang geschlossenen Restkreditversicherungen beinhaltet die Deckungsrückstellung darüber hinaus einen pauschalen Anteil.

Die Deckungsrückstellung im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, wurde für jede Versicherung einzeln retrospektiv ermittelt. Sie wurde in Anteilseinheiten geführt und zum Zeitwert passiviert.

Der Anteil der Rückversicherer an der Deckungsrückstellung wurde gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Die Ermittlung der **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** erfolgte grundsätzlich individuell.

Die sich aus der Erhöhung der Leistungsverpflichtungen nach dem BGH-Urteil vom 12. Oktober 2005 ergebenden Ansprüche wurden unter Einbeziehung einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung der Inanspruchnahme ermittelt und pauschal in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle berücksichtigt.

Für eingetretene Versicherungsfälle, die bis zum Bilanzstichtag nicht gemeldet wurden, wurde eine pauschale Spätschadenrückstellung in Höhe des riskierten Kapitals unter Berücksichtigung von aktualisierten Erfahrungswerten gebildet.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde entsprechend dem Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 2. Februar 1973 ermittelt.

Der Anteil der Rückversicherer wurde gemäß den Rückversicherungsverträgen ermittelt.

Die Rückstellungen für **Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** wurden entsprechend § 6 a EStG nach dem Teilwertverfahren unter erstmaliger Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck sowie zusätzlich der „Richttafeln 1998 Prof. Dr. Klaus Heubeck“ mit einem Zinssatz von 6 % berechnet. Der Unterschiedsbetrag, der auf der erstmaligen Anwendung der Richttafeln 2005 G beruht, wird gemäß § 6a Abs. 4 Satz 2 EStG auf drei Wirtschaftsjahre verteilt. Für die Handelsbilanz wurde auf Basis der Einzelwerte jeweils das Maximum angesetzt aus dem wie oben ermittelten steuerlich zulässigen Rückstellungswert sowie dem Rückstellungswert, der sich gemäß den Richttafeln 2005 G mit einem Zinssatz von 6 % ergibt.

Der Wertansatz der **übrigen nichtversicherungstechnischen Rückstellungen** geht von dem voraussichtlichen Bedarf aus.

Die **Anderen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

In **Fremdwährung** geführte laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden mit dem Kurs vom 31. Dezember 2005 bewertet.

Bei der Währungsumrechnung für Aktien, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen ergab sich der EURO-Anschaffungswert aus Wertpapier- und Devisenkurs zum Anschaffungszeitpunkt; der EURO-Börsenwert wurde aus Wertpapier- und Devisenkurs zum Bilanzstichtag ermittelt.

Die übrigen Aktiva und Passiva sind mit dem Devisenkurs zum Bilanzstichtag in EURO umgerechnet worden. Für die Umrechnung der Erträge aus Wertpapieren war der Devisenkurs zum Zeitpunkt des Ertragszuflusses Umrechnungsgrundlage; für alle übrigen Erträge und Aufwendungen der Devisenkurs zum Bilanzstichtag. Währungskursgewinne und Währungskursverluste innerhalb der gleichen Währung wurden saldiert.

Erläuterungen zur Bilanz

Entwicklung der Aktivposten B, C I bis III im Geschäftsjahr 2005

	Bilanzwerte Vorjahr		Zugänge
	€	%	€
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs nach § 269 Abs.1 Satz 1 HGB	—,—		—,—
II. Entgeltlich erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	—,—		—,—
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	—,—		—,—
Summe B	—,—		—,—
C. Kapitalanlagen			
C. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.959.026,58	0,9	—,—
C. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	—,—	—	—,—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	—,—	—	—,—
3. Beteiligungen	1.238.879,85	0,1	—,—
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—,—	—	—,—
5. Summe C II.	1.238.879,85	0,1	—,—
C. III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	280.073.617,02	23,5	163.461.133,39
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	132.357.171,53	11,1	89.414.463,83
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	52.277.458,51	4,4	1.560.259,62
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	396.201.916,82	33,2	12.500.000,—
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	211.588.857,13	17,7	72.542.877,05
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	1.822.308,—	0,1	464.403,—
d) Übrige Ausleihungen	19.338.756,43	1,6	101.150.000,—
5. Einlagen bei Kreditinstituten	71.200.000,—	6,0	—,—
6. Andere Kapitalanlagen	16.772.210,55	1,4	—,—
7. Summe C. III.	1.181.632.295,99	99,0	441.093.136,89
Summe C.	1.193.830.202,42	100,0	441.093.136,89
Insgesamt	1.193.830.202,42		441.093.136,89

1) davon Währungszuschreibungen: 298.253,69 €

2) davon Währungsabschreibungen: 111.046,44 €

Aktiva

C. Kapitalanlagen

Zeitwerte der zum Anschaffungswert bilanzierten Kapitalanlagen			davon: Anlagevermögen nach § 341 b Abs. 2 HGB	
	Buchwert	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Grundstücke	10	24	–	–
Festverzinsliche Wertpapiere	197	210	–	–
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	441	509	374	415
Übrige Kapitalanlagen	17	17	–	–
	665	760	374	415

Die Bewertungsreserven der zu Anschaffungswerten bilanzierten Kapitalanlagen einschließlich des Anlagevermögens belaufen sich per Saldo auf 95 Mio. € = 7,2 % der gesamten Kapitalanlagen. Nicht berücksichtigt sind somit die Reserven der zum Nennwert bilanzierten Kapitalanlagen. Für die Ermittlung der Zeitwerte wurden in der Regel Börsenkurse resp. Marktpreise oder die Netto-Ertragswertformel nach IDW S1 zugrunde gelegt. Alle 3 Grundstücke wurden zuletzt in 2005 bewertet. Soweit darüber hinaus andere Wertansätze verwendet worden sind, entsprechen diese den Bestimmungen des § 56 RechVersV.

Gemäß § 341 b Abs. 2 HGB wurden 374 Mio. € Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zugeordnet. Dieses beinhaltet auf Basis der Kurse zum 31. 12. 2005 eine positive Bewertungsreserve von 41 Mio. €.

C. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

	Anzahl	2005 €
Mit Geschäfts- und anderen Bauten	1	5.744.879,44
Mit Wohnbauten	2	4.927.961,14
Ohne Bauten	–	–
Mit unfertigen Bauten	–	–
	3	10.672.840,58
Bilanzwert der überwiegend von R+V Gesellschaften genutzten Grundstücke		–

C. III. Sonstige Kapitalanlagen

Struktur der derivativen Finanzinstrumente	Nominalbetrag			
	Restlaufzeit			Summe
	< 1 Jahr	1–5 Jahre	> 5 Jahre	
	€	€	€	€
Zinsbezogen	–	–	10.225.838	10.225.838
Währungsbezogen	–	–	–	–
Aktien-, indexbezogen	–	–	–	–
Sonstige Geschäfte	–	–	–	–
	–	–	10.225.838	10.225.838

Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag Swapgeschäfte, die wirtschaftlich geschlossen sind.

Im Zusammenhang mit optionalen Multi-Tranchen-Geschäften bestehende Abnahmeverpflichtungen werden gemäß BAV-Rundschreiben R 3/2000 im Jahr der möglichen Andienung berücksichtigt.

Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten	Art	Nominalvolumen	Buchwert	Zeitwert
		€	€	€
Namenschuldverschreibungen	Zinsswaps ¹⁾	10.225.838	–	1.567.554
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festfestverzinsliche Wertpapiere	Optionen ²⁾	–	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	Optionen ²⁾	5.000.000	124.472	18.791

¹⁾ Bewertungsmethode = Zero-Coupon-Pricing

²⁾ Bewertungsmethode = Black – Scholes

D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolizen		2005
	Anteileinheiten	€
DEVIF-Fonds Nr. 300 R+V Zins	527	2.873,94
DEVIF-Fonds Nr. 301 R+V Kurs	92.990	554.221,31
		557.095,25

F. IV. Andere Vermögensgegenstände		2005
		€
Vorausgezahlte Versicherungsleistungen		12.269.695,54
Übrige Vermögensgegenstände		–,—
		12.269.695,54

H. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		2005
		€
Agio aus Kapitalanlagen		2.981.928,93
Ausgaben, die nachfolgende Geschäftsjahre betreffen		–,—
		2.981.928,93

Passiva

A. III. Gewinnrücklagen	2005
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	€
Vortrag zum 1. 1.	11.400.000,—
Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2005	2.000.000,—
Stand am 31. 12.	13.400.000,—

E. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	2005
	€
Vortrag zum 1. 1.	135.569.072,18
Entnahmen:	
Zahlungen und Gutschriften an Versicherungsnehmer	10.060.754,34
Beiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme	7.914.368,—
Überführung gutgeschriebener Überschussanteile in das Bonussystem	1.016,—
	17.976.138,34
Zuweisungen:	
aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	31.017.913,60
aus gutgeschriebenen Überschussanteilen	1.016,—
	31.018.929,60
Stand am 31. 12.	148.611.863,44
Davon entfallen auf:	
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	17.923.315,—
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	8.889.042,—
den Fonds für Schlussüberschussanteile	40.525.446,—

Wie im Vorjahr wurde zum 31. Dezember 2005 die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer für zwei Jahre festgelegt, für 2006 und teilweise für 2007. Mit einem branchenüblichen einjährigen Deklarationszeitraum würde der Posten „bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile“ statt 17,9 Mio. € nur 15,8 Mio. € betragen.

Der Fonds für Schlussüberschussanteile wurde auf Basis des zum regulären Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen nicht garantierten Schlussüberschussanteils für jede Versicherung prospektiv unter Beachtung der für 2006 deklarierten Überschussanteilsätze berechnet. Im Fonds dieser Schlussüberschussanteile ist der Anteil enthalten, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zu der gesamten Versicherungsdauer entspricht. Die Berechnung erfolgte in Übereinstimmung mit § 28 RechVersV. Die Diskontierungssätze der wesentlichen Versicherungsbestände liegen unter Berücksichtigung der Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten zwischen 4,75 % und 6,50 %. Die für die einzelnen Überschussverbände festgelegten Überschussanteilsätze stehen auf den Seiten 48 bis 52.

G. IV. Sonstige Rückstellungen	2005
	€
Pensionssicherungsverein	44.000,—
Jahresabschluss	89.000,—
Kapitalanlagenbereich	67.000,—
	200.000,—

I. I. 1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	2005
	€
Gutgeschriebene Überschussanteile	44.794.196,37
Im Voraus empfangene Beiträge und Beitragsdepots	132.288.076,98
	177.082.273,35

K. Rechnungsabgrenzungsposten	2005
	€
Disagio aus Kapitalanlagen	143.749,08
Einnahmen, die nachfolgende Geschäftsjahre betreffen	13.381,—
	157.130,08

Sonstige Bemerkungen

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren bestehen nicht.

Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, bestehen nicht.

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge	2005	2004
Beiträge nach Versicherungsarten	€	€
Einzelversicherungen	171.826.015,57	139.734.291,48
Kollektivversicherungen	2.635.781,77	3.232.322,21
	174.461.797,34	142.966.613,69

	2005	2004
Beiträge nach Zahlungsweise	€	€
Laufende Beiträge	174.365.850,84	142.870.145,86
Einmalbeiträge	95.946,50	96.467,83
	174.461.797,34	142.966.613,69

Die Gesellschaft betreibt ausschließlich selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft im Inland mit Gewinnbeteiligung.

I. 6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung	2005	2004
	€	€
Abläufe	45.808.131,34	26.195.991,52
Vorzeitige Versicherungsfälle	4.193.734,18	4.709.635,19
Renten	2.024.768,10	3.826.486,97
Rückkäufe	10.437.612,84	12.606.410,24
Brutto-Aufwendungen	62.464.246,46	47.338.523,92
Anteil der Rückversicherer	379.819,92	1.588.858,91
Netto-Aufwendungen	62.084.426,54	45.749.665,01

I. 10. Aufwendungen für Kapitalanlagen	2005	2004
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	€	€
Planmäßige Abschreibungen	286.186,—	286.430,—
Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB	693.611,18	234.734,43
Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	754.277,94	610.157,10
	1.734.075,12	1.131.321,53

Rückversicherungssaldo	2005	2004
	€	€
Verdiente Beiträge	5.503.311,87	5.584.507,85
Aufwendungen für Versicherungsfälle	379.819,92	1.588.858,91
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	1.589.809,28	1.292.367,67
Veränderung der Deckungsrückstellung	4.526.571,—	3.439.044,—
Saldo zu unseren Gunsten (-) / Lasten (+)	-992.888,33	-735.762,73

Unter Einbeziehung der sonstigen Aufwendungen aus der abgegebenen Rückversicherung (in GVR Pos. I. 12. enthalten) ergibt sich ein Saldo zu unseren Lasten.

II. 1. Sonstige Erträge	2005	2004
	€	€
Währungskursgewinne	559.357,80	—,—
Zinserträge	134.436,08	14.502,09
Auflösung von anderen Rückstellungen	234.517,88	7.626,32
Übrige Erträge	30.170,12	66.167,35
	958.481,88	88.295,76

II. 2. Sonstige Aufwendungen	2005	2004
	€	€
Währungskursverluste	140.169,69	454.992,93
Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen	326.264,95	327.821,35
Zinsaufwendungen	5.966.958,79	3.420.758,92
Übrige Aufwendungen	71.036,55	64.414,95
	6.504.429,98	4.267.988,15

Sonstige Angaben

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

I. Entstehung der Überschüsse

Lebensversicherungsverträge werden in der Regel langfristig abgeschlossen und haben über die gesamte Vertragslaufzeit garantierte Beiträge. Um die vertraglich zugesagten Leistungen auf Dauer gewährleisten zu können, müssen Lebensversicherungsunternehmen ihre Beiträge unter vorsichtigen Annahmen kalkulieren. Wirtschaftliches Handeln, über dem Rechnungszins liegende Kapitalerträge und ein günstiger Risikoverlauf führen dann zu Überschüssen, die an die Versicherungsnehmer in Form der Überschussbeteiligung entstehungsgerecht und zeitnah weitergegeben werden.

II. Ermittlung und Verteilung der Überschüsse

Jede einzelne Versicherung erhält Anteile an den vorgenannten Überschüssen, die entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet werden. Die Höhe dieser Anteile wird vom Vorstand unter Beachtung der maßgebenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen und des

Vorschlags der Verantwortlichen Aktuarin jährlich festgelegt und im Geschäftsbericht veröffentlicht. Die Systematik, nach der die Überschüsse den Versicherungsverträgen zugeteilt werden, ist im Geschäftsplan bzw. in den Versicherungsbedingungen festgelegt. Abhängig von der Vertragsgestaltung kommen unterschiedliche Überschussbeteiligungssysteme zur Anwendung. Hierdurch wird sichergestellt, dass die einzelnen Verträge in dem Maße an den Überschüssen beteiligt werden, wie sie zu deren Entstehung beigetragen haben.

Bei den bis Ende 2004 abgeschlossenen Rentenversicherungen ist aufgrund des festzustellenden Trends zu einer höheren Lebenserwartung gegenüber der Kalkulation von einer längeren Rentenbezugszeit auszugehen. Mit einer Anpassung der Deckungsrückstellung für diese Versicherungen stellen wir sicher, dass wir unseren Verpflichtungen auch dann nachkommen können, wenn in Zukunft die jetzt anzunehmende Entwicklung eintritt. Die Anpassung der Deckungsrückstellung vermindert die Höhe der zur Rückerstattung vorgesehenen Überschussanteile.

III. Überschussbeteiligung für die Geschäftsjahre 2006 und 2007

Für das im Jahr 2006 beginnende Versicherungsjahr – bei Restkreditversicherungen für das Geschäftsjahr 2006 – hat der Vorstand die unten aufgeführten Überschussanteile festgelegt. Der Todesfallbonus unter A. Restkreditversicherung ist auch für das Geschäftsjahr 2007 festgelegt. Unter B. Kapital bildende Versicherun-

gen sind die Grundüberschussanteilsätze sowie unter E. Risikolebensversicherungen die Anteilsätze für Todesfallbonus und Beitragsverrechnung auch für das im Geschäftsjahr 2007 beginnende Versicherungsjahr festgelegt.

A. Restkreditversicherungen

Überschussverband	Todesfallbonus in % der Versicherungssumme
87 R ¹⁾ und 94 RK ¹⁾	80,00
95 RK und 95 RKA	40,00

¹⁾ Versicherungsbeginne bis 31. 12. 1996 werden im Abrechnungsverband Kapitalversicherung geführt.

B. Kapital bildende Versicherungen

1 Laufende Überschussbeteiligung

1.1 Vermögensbildungsversicherungen

Überschussverband	Grundüberschussanteil ¹⁾		Zusatzüberschussanteil ²⁾
	in ‰ der Versicherungssumme		in ‰ des überschussberechtigten Deckungskapitals
71 VB Beginne bis 1986			
Männer	1,00		1,70
Frauen	1,40		1,70
71 VB Beginne ab 1987			
Männer	1,00		1,70
Frauen	0,60		1,70
90 VB			
Männer	1,00		1,20
Frauen	0,60		1,20
96 VB			
Männer	1,00		0,70
Frauen	0,30		0,70

¹⁾ Nur für Versicherungen gegen laufende Beitragszahlung ab dem zweiten Versicherungsjahr.

²⁾ Frühestens ab dem zweiten Versicherungsjahr.

1.2 Übrige Kapital bildende Versicherungen mit Beginn bis 1997

Überschussverband	Grundüberschussanteil		Zusatzüberschussanteil ¹⁾	
	in ‰ der Versicherungssumme für den		in ‰ des überschussberechtigten	
	Erlebensfall ²⁾	Todesfall ³⁾	Deckungskapitals	
91	Männer	1,65	1,35	1,20
	Frauen	1,65	0,95	1,20

¹⁾ Frühestens ab dem zweiten Versicherungsjahr.

²⁾ Nur für Versicherungen gegen laufende Beitragszahlung ab dem zweiten Versicherungsjahr und Versicherungen, die durch Ablauf der vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer beitragsfrei sind.

³⁾ Nur für Versicherungen gegen laufende Beitragszahlung ab dem zweiten Versicherungsjahr.

1.3 Übrige Kapital bildende Versicherungen mit Beginn von 1997 bis 2000

Überschussverband	Grundüberschussanteil ¹⁾		Zusatzüberschussanteil ²⁾
	in ‰ der maßgeblichen	in ‰ des überschussberechtigten	in ‰ des überschussberechtigten
	Todesfallsumme ³⁾	Risikobeitrages	Deckungskapitals
97 SP	1,20	30,00	0,70

¹⁾ Ab dem zweiten Versicherungsjahr für beitragspflichtige Versicherungen, auch für Versicherungen, die durch Ablauf der vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer beitragsfrei sind.

²⁾ Frühestens ab dem zweiten Versicherungsjahr.

³⁾ Die maßgebliche Todesfallsumme ist die anfängliche Todesfallsumme zuzüglich der vor dem Versicherungsjahrestag erfolgten Erhöhungen des Versicherungsschutzes bei Dynamik.

1.4 Übrige Kapital bildende Versicherungen mit Beginn ab 2000

Überschussverband	Grundüberschussanteil ¹⁾		Zusatzüberschussanteil ²⁾
	in % des maßgeblichen	in % des überschussberechtigten	in % des überschussberechtigten
	Jahresbeitrages ³⁾	Risikobeitrages ⁴⁾⁵⁾	Deckungskapitals
00KA	1,10	13,00	1,45
04KA	1,10	13,00	2,30

¹⁾ Ab dem zweiten Versicherungsjahr für beitragspflichtige Versicherungen.

²⁾ Frühestens ab dem zweiten Versicherungsjahr.

³⁾ Der maßgebliche Jahresbeitrag ist der Jahresbeitrag vor Stückkosten und Ratenzuschlägen.

⁴⁾ Ab Alter 60 Jahre fällt der Überschussanteilsatz linear bis auf 0 % im Alter 85.

⁵⁾ Auch für tariflich beitragsfrei gestellte Versicherungen.

2 Schlussüberschussbeteiligung

Versicherungen, die in dem in 2006 beginnenden Versicherungsjahr ablaufen, erhalten eine Schlussüberschussbeteiligung. Die Höhe der Schlussüberschussbeteiligung ergibt sich aus den aufgeführten %-Sätzen der jeweiligen maßgeblichen Versicherungssumme der

Jahre, in denen die Versicherung beitragspflichtig bestand. Bei Rückkauf oder im vorzeitigen Versicherungsfall werden die Schlussüberschüsse nach einer Wartezeit anteilig gewährt.

Überschussverband	in ‰ der maßgeblichen Versicherungssumme ²⁾							
	für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr ³⁾							
	2003-2006	2002	1993 – 2001	1987 – 1992	1984 – 1986	1982 – 1983	1976 – 1981	1971 – 1975
71 VB bis zum 12. VJ ¹⁾		2,00	3,00	2,00	1,00	3,00	6,00	8,00
ab dem 13. VJ ¹⁾	5,00	6,50	7,50	6,50	4,50	3,00	6,00	8,00
90 VB	4,00	5,50	6,50	5,50				
91	5,50	7,00	8,00	8,00				
96 VB	4,25	5,75	6,50					

¹⁾ VJ = Versicherungsjahr.

²⁾ Die maßgebliche Versicherungssumme ist die Versicherungssumme für den Erlebensfall, auch nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer.

³⁾ Auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer.

Überschussverband	in ‰ der maßgeblichen Versicherungssumme			
	für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr ¹⁾			
	bezogen auf die Erlebensfallsumme			bezogen auf die Todesfallsumme ²⁾
	2003-2006	2002	1997-2001	1997-2006
97 SP	2,75	4,25	5,00	1,00

¹⁾ Auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer.

²⁾ Die maßgebliche Todesfallsumme ist die anfängliche Todesfallsumme zuzüglich der vor dem Versicherungsjahrestag erfolgten Erhöhungen des Versicherungsschutzes bei Dynamik.

Überschussverband	in ‰ der maßgeblichen Versicherungssumme (aktuelle Erlebensfallsumme)		
	für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr ¹⁾²⁾		
	2003-2006	2002	2000-2001
00KA	6,00	8,00	9,00
04KA	6,25		

¹⁾ Ab dem 5. Versicherungsjahr.

²⁾ Auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer.

C. Rentenversicherungen

1 Laufende Überschussbeteiligung

Überschussverband	Aufschubzeit	Rentenbezug
	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ¹⁾	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ²⁾
00RT	1,25 ³⁾	1,25
04RT	2,30 ⁴⁾	1,95
05RT	2,30 ⁴⁾	2,55

1) Erstmals zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

2) Erstmals zu Beginn der Rentenbezugszeit.

3) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Erlebensfallbonus“ sowie bei nach Rückkauf verbleibenden Versicherungen auf den Erlebensfall: 1,60 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Erlebensfallbonus.

4) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“ sowie bei nach Rückkauf verbleibenden Versicherungen auf den Erlebensfall: 2,15 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

2 Schlussüberschussbeteiligung

Versicherungen, deren Aufschubzeit in dem in 2006 beginnenden Versicherungsjahr endet, erhalten eine Schlussüberschussbeteiligung. Die Höhe der Schlussüberschussbeteiligung ergibt sich aus den aufgeführten %-Sätzen des maßgeblichen Deckungskapitals (aktuelles Deckungskapital am Ende der Aufschubzeit) der Jahre, in denen die Versicherung ab dem 5. Versiche-

rungsjahr beitragspflichtig bestand. Die Schlussüberschüsse werden auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer gewährt. Bei Rückkauf oder im vorzeitigen Versicherungsfall werden die Schlussüberschüsse nach einer Wartezeit anteilig gewährt.

Überschussverband	in % des maßgeblichen Deckungskapitals			
	für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr			
	2005–2006	2003–2004	2002	2000–2001
00RT	5,50	5,50	7,50	8,50
04RT	5,75	5,75		
05RT	5,75			

D. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen und Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

1 Laufende Überschussbeteiligung in der Anwartschaft und in der Karenzzeit

Überschussverband	Versicherungen in der Anwartschaft bzw. Karenzzeit		
	in % des	Zusatzüberschussanteil ²⁾	Risikoüberschussanteil ²⁾
	überschussberechtigten Beitrages ¹⁾	in % des	in % der
		überschussberechtigten	überschussberechtigten
	Deckungskapitals	Risikoprämie	
EUZ 99	25,00	1,20	25,00
BUZ 99	15,00	1,20	15,00
00BUZA	21,00	1,45	21,00
00BUZB, 00BUZC, 00BUZD	33,00	1,45	33,00
00EUZ	25,00	1,45	25,00
04BUZA	21,00	1,95	21,00
04BUZB, 04BUZC, 04BUZD	33,00	1,95	33,00

1) Nur für beitragspflichtige Versicherungen.

2) Nur für beitragsfrei gestellte Versicherungen.

2 Laufende Überschussbeteiligung im Rentenbezug

Überschussverband	Versicherungen im Rentenbezug	
	Dynamische Überschussrente und verzinsl. Ansammlung in % des überschussberechtigten Deckungskapitals	Bonusrente in % der garantierten EU-Rente bzw. BU-Rente
EUZ 99	1,20	4,50
BUZ 99	1,20	4,50
00BUZA	1,45	5,50
00BUZB, 00BUZC, 00BUZD	1,45	5,50
00EUZ	1,45	5,50
04BUZA	1,95	8,00
04BUZB, 04BUZC, 04BUZD	1,95	8,00

E. Risikolebensversicherungen

Überschussverband		Todesfallbonus oder Beitragsverrechnung	
		Todesfallbonus in % der Versicherungssumme	Beitragsverrechnung in % des überschussberechtigten Beitrages
00RI	Männer	93,00	43,00
	Frauen	64,00	34,00
04RI	Männer	93,00	43,00
	Frauen	64,00	34,00

F. Direktgutschrift

Eine Direktgutschrift wird nicht gewährt. Die für 2006 und 2007 deklarierte Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer ist in voller Höhe in der Rückstellung für Beitragsrückerstattung festgelegt.

Für Versicherungen der Überschussverbände 71 VB, 90 VB und 91 wird ein zusätzlicher Überschussanteil in Höhe des für die jeweiligen Versicherungen geltenden Ratenzuschlages für unterjährige Beitragszahlung als Direktgutschrift gewährt, soweit der entsprechende Überschussverband die zusätzliche Bezeichnung „H“ trägt.

G. Verzinsliche Ansammlung

Versicherungen, deren Überschussanteile verzinslich angesammelt werden, erhalten neben dem garantierten Zins einen Ansammlungsüberschussanteil. Die Höhe dieses Ansammlungsüberschussanteils wird so festgelegt, dass die Verzinsung des Ansammlungsguthabens unter Einbeziehung des garantierten Rechnungszinses 4,70 % beträgt.

Aufsichtsrat

Dr. Jürgen Förterer

Vorsitzender des Vorstandes der R+V Versicherung AG,
Wiesbaden
– Vorsitzender –

Manfred Basler

Vorsitzender des Vorstandes der Volksbank Lahr eG,
Lahr
– Stellv. Vorsitzender –

Enno Emmerinck

Mitglied des Vorstandes der
Volksbank Hamburg Ost-West eG,
Hamburg

Dr. Rolf Flehsig

Mitglied des Vorstandes der Berliner Volksbank eG,
Berlin
(ab 24. 5. 2005)

Peter Hanker

Sprecher des Vorstandes der Volksbank Mittelhessen eG,
Gießen
(ab 23. 9. 2005)

Dr. Karl Kauermann

Vorsitzender des Vorstandes i. R.
der Berliner Volksbank eG, Berlin
(bis 24. 5. 2005)

Moritz Krawinkel

Mitglied des Vorstandes des Rheinisch-Westfälischen
Genossenschaftsverbandes e. V.,
Münster

Erwin Kuhn

Präsident des Württembergischen Genossenschafts-
verbandes Raiffeisen/Schulze-Delitzsch e. V.,
Stuttgart

Gerhard Roßwog

Vorsitzender des Vorstandes des
Badischen Genossenschaftsverbandes
Raiffeisen/Schulze-Delitzsch e. V., Karlsruhe
(ab 23. 9. 2005)

Vorstand

Rainer Sauerwein

Vorsitzender

Hans-Christian Marschler

Rainer Neumann

Verantwortliche Aktuarin:

Dr. Marion Harenbrock

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen	2005	2004
	€	€
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	4.614.091,70	11.331.575,56
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	—,—	—,—
3. Löhne und Gehälter	133.625,16	86.557,04
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	5.030,80	2.457,46
5. Aufwendungen für Altersversorgung	24.075,22	279.302,35
6. Aufwendungen insgesamt	4.776.822,88	11.699.892,41
Darüber hinaus haben die Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB		
Provisionen für das Vermittlungsgeschäft erhalten	13.477,50	37.776,91

Die Löhne und Gehälter beziehen sich zum einen auf Vorstandsbezüge, zum anderen auf per Umlage zugeordnete Mitarbeiterbezüge anderer Gesellschaften.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes zu Lasten des Geschäftsjahres betragen 87.838 €. An frühere Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen wurden 190.871 € gezahlt.

Für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen von früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen besteht eine Rückstellung in Höhe von 1.349.263 €. Für den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr 113.127 € und für die Mitglieder der Mitgliedervertretung 7.581 € aufgewendet.

Anzahl der Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr wurden keine Mitarbeiter beschäftigt.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen keine Haftungsverhältnisse im Sinne des § 251 HGB.

Aufgrund der gesetzlichen Änderungen in den §§ 124 ff VAG sind die Lebensversicherer zur Mitgliedschaft an einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds kann zusätzlich zur laufenden Beitragsverpflichtung Sonderbeiträge bis zur Höhe von 1 Promille der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben. Demnach ergibt sich eine Zahlungsverpflichtung von 1 Mio. €.

Die Protektor Lebensversicherung AG wurde gegründet, um Verträge in Not geratener Gesellschaften zu übernehmen und fortzuführen. Alle Lebensversicherungsunternehmen haben sich zur Einzahlung im Protektor rechtsverbindlich verpflichtet. In diesem Zusammenhang bestehen für die R+V Lebensversicherung a. G. Nachzahlungsverpflichtungen in Höhe von 7.642.065 €.

Aus Multitranchen-Schuldscheindarlehen besteht ein Andienungsrecht zu 5,82 % mit Restlaufzeiten > 1 Jahr in Höhe von insgesamt 5.000.000 €.

Es bestehen Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften in Höhe von 2.000.000 € sowie Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 626.000 €.

Wiesbaden, 3. März 2006

Der Vorstand

Sauerwein

Marschler

Neumann

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der R+V Lebensversicherung a. G., Eltville für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 6. März 2006

KPMG
Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Henzler
Wirtschaftsprüfer

Fleischerowitz
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes während der Berichtszeit regelmäßig überwacht und beratend begleitet. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat insbesondere in den zwei Sitzungen, zu denen der Aufsichtsrat zusammentrat, sowie durch vierteljährliche schriftliche Berichte. In den Sitzungen hat der Aufsichtsrat mündliche und schriftliche Berichte des Vorstandes entgegengenommen und erörtert. Alle Maßnahmen, welche die Zustimmung des Aufsichtsrates erfordern, wurden eingehend beraten. Darüber hinaus wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats laufend über wesentliche Entwicklungen und Entscheidungen in Kenntnis gesetzt.

Im Vordergrund der Berichterstattung stand die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft, die Unternehmensplanung und -perspektive sowie die Finanzkennzahlen. In besonderer Weise überwachte der Aufsichtsrat die Kapitalanlagepolitik des Vorstandes vor dem Hintergrund der schwierigen Situation am Rentenmarkt. Einen Schwerpunkt der Besprechungen und Diskussionen mit dem Aufsichtsrat bildeten die Auswirkungen des im Jahr 2004 verabschiedeten Alterseinkünftegesetzes auf die Entwicklungen des Neugeschäftes und des Bestandes sowie die Umsetzungen in der Produktlandschaft der R+V Lebensversicherung a. G.

In der Sitzung des Prüfungsausschusses wurden in Gegenwart des Abschlussprüfers der Jahresabschluss und der Prüfungsbericht erörtert. Ferner beschäftigte er sich mit der Prüfung des Risikofrüherkennungssystems nach § 91 Abs. 2 AktG und besprach die wesentlichen Revisionsergebnisse des abgelaufenen Jahres.

Der vorliegende Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005 sowie der Lagebericht wurden von dem Aufsichtsrat geprüft. Der verantwortliche Wirtschaftsprüfer war in der Sitzung des Aufsichtsrates, in der der Jahresabschluss festgestellt wurde, anwesend und stand für alle zusätzlichen Erläuterungen und Stellungnahmen zur Verfügung.

Gegen den Abschluss sind keine Einwendungen zu erheben. Dem Prüfungsergebnis der gemäß § 341k HGB beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG, die den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, schließt sich der Aufsichtsrat an. Der von dem Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005 ist gebilligt und somit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Wiesbaden, 4. April 2006

Der Aufsichtsrat

Dr. Förterer
Vorsitzender

Mitgliedervertretung

Hans Gnatz

Vorsitzender des Vorstandes i. R.
der Raiffeisenbank Lohr am Main,
Lohr am Main
(bis 24. 5. 2005)

Werner Gutzmer

Mitglied des Vorstandes der EZG
(Mitteldeutsche Erzeugergemeinschaft für Produktion
und Vermarktung von Qualitätsschweinen e. V.),
Pretzsch

Dr. Wolfgang Heinle

Vorsitzender des Vorstandes der
Volksbank Kraichgau eG, Sinsheim

Hans-Josef Heuter

Direktor des Rheinisch-Westfälischen
Genossenschaftsverbandes e. V., Köln

Helmut Kraft

Vorsitzender des Vorstandes der Raiffeisenbank
Karlstadt-Gemünden eG, Karlstadt
(ab 24. 5. 2005)

Waldemar Manthei

Mitglied des Vorstandes der Raiffeisen-Volksbank
Delmenhorst-Schierbrok eG, Delmenhorst

Horst Mathes

Mitglied des Vorstandes des Genossenschaftsverbandes
Norddeutschland e. V., Hannover

Rainer Noll

Mitglied des Vorstandes i. R.
der Westerwald Bank eG Volks- und Raiffeisenbank,
Hachenburg
(bis 24. 5. 2005)

Gert Nunius

Vorsitzender des Vorstandes i. R.
der Volksbank Eichstätt eG, Eichstätt

Kurt Reinstädler

Mitglied des Vorstandes der Bank 1 Saar eG,
Saarbrücken

Herbert Schiene

Vorsitzender des Vorstandes der Volksbank Lippstadt eG,
Lippstadt

Fritz-Ludwig Schmidt

Vorsitzender des Vorstandes der
Volksbank Kreis Bergstraße eG,
Lampertheim

Edmund Wahl

Vorsitzender des Vorstandes der
Volksbank Hohenloe eG, Öhringen

Übersicht über die Geschäftsergebnisse 1950 bis 2005

Geschäftsjahr	Versicherungsbestand	Gebuchte	Laufende	Brutto-Aufwendungen für
	Laufender Beitrag	Bruttobeiträge	Erträge aus	Versicherungsfälle
	für ein Jahr		Kapitalanlagen	einschließlich Rückkäufe
	€	€	€	€
1950	1.292.565	2.280.611	377.159	779.944
1960	14.413.588	20.900.504	5.070.897	4.079.038
1970	107.765.296	122.981.012	33.205.239	30.341.409
1980	538.839.606	477.605.187	179.453.268	130.712.482
1981	624.172.293	529.840.065	218.097.284	148.177.937
1982	685.294.058	578.529.132	255.708.712	183.821.810
1983	755.083.030	636.666.421	296.495.299	250.502.448
1984	814.788.723	674.250.041	336.598.929	271.116.208
1985	875.446.593	725.331.959	382.651.996	295.830.909
1986	935.750.698	788.240.507	430.385.476	315.273.815
1987 ¹⁾	1.003.336.978	863.214.531	450.174.341	344.759.185
1988	1.080.789.899	967.047.869	495.942.586	400.778.029
1989 ²⁾	14.452.374	30.905.644	16.481.068	21.028.260
1990	17.856.931	33.886.428	17.863.950	20.648.180
1991	22.364.748	38.739.861	19.174.590	24.506.454
1992	25.253.610	45.848.396	20.819.303	24.928.604
1993	27.015.285	58.257.393	21.639.796	35.576.389
1994	36.869.641	70.175.743	23.361.876	39.667.469
1995 ¹⁾	44.506.247	79.996.987	25.787.664	53.232.098
1996	51.330.165	87.381.334	29.250.280	53.717.965
1997	56.428.039	92.890.629	32.331.641	51.222.893
1998	65.730.105	100.606.241	36.024.542	51.558.199
1999	94.294.125	126.404.496	40.511.394	56.314.139
2000	93.312.016	127.521.158	47.660.139	61.587.424
2001	98.370.589	134.641.889	48.055.032	57.002.297
2002	110.073.621	132.830.159	49.752.762	54.084.731
2003	121.569.753	119.007.695	50.870.959	50.045.558
2004	151.186.156	142.966.614	55.217.424	47.338.524
2005	165.456.747	174.461.797	63.213.117	62.464.246

¹⁾ Änderung der Rechnungslegungsvorschriften.

²⁾ Bestandsübertragung auf die R+V Lebensversicherung AG.

	Kapitalanlagen	Deckungsrückstellung und Beitragsüberträge	Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Gesamtüberschuss	Geschäftsjahr
	– brutto –	– brutto –	– brutto –		
	€	€	€	€	
	8.400.252	8.678.014	1.022.499	78.218	1950
	77.266.485	61.611.757	13.187.499	4.399.660	1960
	502.190.554	418.594.975	49.109.569	19.610.803	1970
	2.655.456.453	1.962.901.264	370.063.313	142.206.051	1980
	3.055.487.806	2.278.011.981	451.084.023	175.126.271	1981
	3.431.674.154	2.624.906.984	538.905.174	212.539.518	1982
	3.930.893.264	2.966.574.346	659.237.216	262.189.255	1983
	4.478.995.800	3.331.997.428	781.920.106	245.549.127	1984
	5.050.236.823	3.742.200.002	906.560.742	263.177.999	1985
	5.642.112.164	4.202.116.421	1.021.824.521	284.795.770	1986
	6.202.198.322	4.784.313.057	1.011.324.763	263.449.163	1987)
	6.958.969.049	5.414.824.142	1.016.112.639	322.938.774	1988
	219.183.868	182.473.980	30.381.973	11.638.645	1989)
	236.792.366	196.725.565	34.215.918	9.861.808	1990
	255.040.356	212.131.088	38.519.549	11.383.667	1991
	271.931.196	232.940.137	41.945.359	12.238.523	1992
	295.611.207	253.365.861	45.561.026	13.611.036	1993
	328.991.433	279.831.087	49.071.182	14.229.800	1994
	361.393.753	300.794.115	55.275.526	17.546.437	1995)
	410.952.829	327.018.975	62.881.746	19.669.533	1996
	460.087.288	362.021.808	70.540.491	20.526.030	1997
	522.770.007	407.560.967	75.962.734	18.988.429	1998
	641.196.537	466.926.561	88.291.297	27.427.354	1999
	701.339.576	535.023.865	95.047.209	22.489.854	2000
	801.254.694	610.134.298	117.598.148	39.948.930	2001
	894.245.586	692.425.182	114.776.122	13.942.585	2002
	986.118.703	771.101.047	124.697.553	32.172.597	2003
	1.194.157.787	880.392.718	135.569.072	28.723.028	2004
	1.308.111.676	1.008.918.890	148.611.863	33.017.914	2005